Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 47. Sonnabend, den 19. November 1910. 14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — 2986 Mitglieder. — Ein Submissionsskandal. — Streiks und Volkswirtschaft. II. — Wirtschaftliche Rundschau. — Die „Aufklärungsartikel" seitens der Leitung des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbands. — Bericht des internationalen Steinarbeitersekretariats. — Bekanntmachungen des Zentralvorstands. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Literarisches. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Zahlstellen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Zentrum und Arbeiterorganisationen. I. — Der Niedergang der Elbsandsteinindustrie. — Kollegen, meidet den Schnaps! — Korrespondenzen. — Feuilleton: Das Stammland der Eisentechnik.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Mainz: Marmorwarenfabrik J. N. Köbig. — Königsberg: Granitwerk Eckart. — Posen: Firma Rosenthal.

Im Granitbezirk des Odenwaldes **(Heppenheim, Kirschhausen, Sonderbach, Hemsbach)** sind wegen einseitiger Auslegung des Bezirkstarifs, soweit die Brecherarbeit in Frage kommt, etwa 340 Verbandsmitglieder ausständig. — Herr Bräuer will in Hauzenberg und Herr Rüth im Unterfränkischen und in Böhmen Streikbrecher anwerben. Sie haben es besonders auf christlich-organisierte Steinarbeiter abgesehen. — Der **Steinmetzmeisterverband in Berlin** hat 294 Odenwaldsteinarbeiter auf die schwarze Liste gesetzt und doch soll die Unternehmervereinigung des hiesigen Bezirks dem Berliner Hauptverband gar nicht angeschlossen sein. (Siehe Bericht.)

Baumholder. Die Firma Burger verlangt, daß ihre Arbeiter aus dem Verbande austreten und die Bücher abgeben sollen. Zuzug ist zu vermeiden.

Oppach. Die Granitfirma Tempel & Mainhold ist wegen Tarifreduzierung gesperrt. Die Firma scheint „Winterlöhne" einführen zu wollen.

Demitz-Thumitz. Wegen Lohnreduzierung haben am 14. November bei der Granitfirma Döcke & Forcke zwölf Steinmetzen die Arbeit niedergelegt.

Schweiz. Gesperrt sind: Basel für Kunststeinarbeiter; Surava für Tuffsteinarbeiter. — Zürich: Marmorfirma Schneebeli.

Oesterreich. Gesperrt sind folgende Orte: Osseg, Nixdorf, Göding, Mauthausen, Schwertberg, St. Georgen, Sarningstein, Porg, Linz, Freistadt, Fürstenbrunn.

2986 Mitglieder

hat unser Verband in diesem Jahre bereits gewonnen. In allen Gauen geht es vorwärts. Wir dürfen mit Bestimmtheit annehmen, daß im 4. Quartal ebenfalls noch eine ansehnliche Mitgliederzunahme eintritt.

Die Mitgliederbewegung stellt sich nach den genauen Zusammenstellungen aus den Quartalsabrechnungen folgendermaßen:

	1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.
1. Gau	942	1010	1066
2. „	2632	2857	2987
3. „	3580	3651	3719
4. „	848	997	1090
5. „	338	390	475
6. „	2210	2237	2182
7. „	964	1070	1471
8. „	1329	1588	1802
9. „	1427	1548	1715
10. „	2264	2354	2675
11. „	1435	1575	1693
Einzelzahler	100	150	180
Summa	18 069	19 427	21 055

Diese gewaltige Zunahme von rund **3000** Mitgliedern zeigt, daß die Steinarbeiter zu unserm Verband ein enormes Vertrauen haben. Auffällig ist, daß wir besonders dort an Anhang gewinnen, **wo die Herren Christlichen ihr Verbändl einschmuggeln wollten.**

Kollegen! wir fordern euch auf, im 4. Quartal nochmals mit Hochdruck die Kleinarbeit in der Agitation zu pflegen; es muß uns glücken, am Jahresschluß mit einem Mitgliederbestand **von 22 000 abzuschließen.**

Die Organisierung der Hilfsarbeiter in den Steinbrüchen und auf den Werkplätzen muß intensiv betrieben werden.

In den **Basalt-, Diabas-, Tuff-, Kalk-, Dolomit-, Grauwackesteinbrüchen** usw. können wir noch Tausende von Mitgliedern gewinnen.

Gehen wir deshalb nochmals mit großem Eifer an die Arbeit. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Ein Submissionsskandal.

Wir müssen heute zu einer Angelegenheit, welche die deutsche Hartsteinarbeiterschaft sehr interessieren dürfte, Stellung nehmen. Vor drei Jahren hat der Reichstag beschlossen, daß der Nord-Ostseekanal „verbreitert" werden sollte. Die nötigen Tiefbauarbeiten wurden nun 1908 in Angriff genommen. Zu den Schleusenumbauten werden insgesamt gegen **18 000 Kubikmeter Werksteine** nötig sein. Ein solch enormer Lieferungsauftrag hat natürlich für die deutsche Steinindustrie, insbesondere für unsre Kollegen selbst, eine große Bedeutung. Die gesamten Werksteinlieferungen werden nun nicht auf einmal ausgeschrieben; es soll, wenn wir richtig informiert sind, die Vergebung in mehreren Terminen erfolgen. Mit diesem Modus können wir uns natürlich einverstanden erklären. Die Vergebung selbst wird vom Kaiserlichen Kanalbauamt Kiel geleitet. Und da erregt es unser größtes Befremden, daß die Herren kaiserlichen Bauräte in den Submissionsverträgen **die Klausel außer acht ließen,** daß die Steinmetzarbeiten, welche für das Reich geliefert werden, auch im Lande selbst angefertigt werden müssen.

Die erste größere Vergebung, welche in vier Lose zerteilt wurde, hat nun stattgefunden. Gegen 40 Angebote wurden abgegeben; ein Beweis, daß für die gewaltigen Aufträge ein großes Interesse vorhanden ist. Auch aus den Kreisen der Steinarbeiter wurden wir schon seit Monaten mit Anfragen bestürmt, welchen Firmen die Zuschläge erteilt wurden. Von den eingereichten Offerten geben wir eine Anzahl bekannt, um den Lesern einen Ueberblick zu geben, welche Steinbruchdistrikte als Konkurrenten auftreten.

Lieferung von 4370 Kubikmeter Werksteinen und Abdeckplatten für den Bau der neuen Ostseeschleusen bei Holtenau, verteilt in vier Lose.

Namen der Submittenten	Material	Forderung pro Kubikmeter			
		Los I Mk.	Los II Mk.	Los III Mk.	Los IV Mk.
D. Zervas Söhne-Köln	Basalt	—	95.—	96.—	92.20
Jeidler u. Wimmel-Bunzlau	Sandstein	—	110.—	115.—	115.—
G. Heinritz-Rehau i. F.	Granit	138.—	139.40	145.—	137.—
Josue Loeb-Mayen	Basalt	—	87.75	87.30	80.25
Friedr. Funk-Nürnberg	Granit	—	139.85	146.85	139.85
Karl Sparmann u. Co.-Dresden	Granit	112.10	106.30	112.80	105.10
W. M. Lucks Schotter-Berlin	Dolomit	117.89	98.—	112.50	120.—
A. K. Fernström-Carlshamm	Granit (schwed.)	118.50	98.75	129.50	107.50
Granit-Akt.-Gesellschaft-Regensburg	Granit	164.—	156.—	152.—	161.—
C. Schilling-Berlin	Sandstein	—	—	126.—	136.—
Weis u. Heidrich-Striegau	Granit	140.—	116.—	120.—	108.—
Paul Bartsch-Striegau	Granit	165.—	145.—	156.—	131.—
C. Kulmiz-Striegau	Granit	120.—	107.—	108.—	111.—
C. F. Lehmann-Striegau	Granit	162.—	143.—	154.—	131.—
H. Thaesler-Girlachsdorf-Striegau	Granit	125.—	114.—	118.—	114.—
Karl Päschke-Breslau	Granit	165.—	160.—	181.—	163.—
Steinbrich u. Oelsner-Breslau	Granit	120.20	120.20	133.35	114.50
Schylanders Granitw.-Carlshamm	Granit (schwed.)	134.30	107.65	126.—	129.—
F. B. Neumann-Görlitz	Granit	—	—	164.50	134.25
C. Winterheld-Miltenberg	Granit	178.—	160.—	160.—	178.—
Porphyrwerk-Löbejün	Porphyr	125.—	—	—	120.—
Günther Fiedler-Leipzig	Porphyr	—	—	160.—	155.—
C. G. Kunath-Dresden	Granit	112.—	110.—	119.—	112.—
Fichtelgeb. Akt.-Gesellsch.-Wunsiedel	Granit	143.—	147.—	153.—	166.—
„ „ „	Waldstein	135.—	136.—	142.—	160.—
F. Rößler-Kiel	Granit	158.—	123.40	140.58	144.20
Paulsen u. Ilvers-Kiel	Basalt	122.—	103.50	120.50	115.50
Hartsteinwerke-Berlin	Granit	117.—	98.—	112.50	120.—
C. Besser-Görlitz	Granit	110.—	119.—	127.—	111.—
F. Kolbe-Itzehoe	Granit	109.50	109.50	109.50	109.50

Die Zuschläge wurden folgendermaßen erteilt:

Los I	Los II	Los III	Los IV
1/2 Kunath 1/2 Besser	1/3 Kulmiz 1/3 Fernström 1/3 Hartsteinwerke-Berlin	1/2 Sparmann u. Co. 1/2 Kolbe	Basaltlava. Es ist der Redaktion nicht bekannt, welcher Unternehmer den Zuschlag erhielt.

Von Los II sind somit 2/3 = 1512 Kubikmeter nach Schweden gekommen. Die Firma Fernström ist in Schweden ansässig, und die Berliner Hartsteinwerke, welche der Siemensschen Güterverwaltung gehören, betreiben ihre Steinbrüche ebenfalls in Schweden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei der weiteren Vergebung die Aufträge wiederum ins Ausland gehen. Dagegen müßten wir heute schon scharfen Protest einlegen.

Am 13. November nahm eine Steinarbeiterversammlung der Zahlstelle Beucha, welche von über 300 Kollegen besucht war, nach den Darlegungen des Kollegen Staudinger zu dem Vergebungsmodus der Kanalbaubehörden folgende Resolution an:

Die im Feldschlößchen zu Beucha äußerst stark besuchte Steinarbeiterversammlung protestiert mit Entschiedenheit dagegen, daß bei der Vergebung der Werksteinarbeiten zum Ostseeschleusenbau größere Aufträge ins Ausland gekommen sind. Die Steinindustrie in Deutschland ist so stark entwickelt, die **Arbeiterschaft technisch so geschult,** daß selbst die größten Aufträge innerhalb kürzester Frist hergestellt werden können. Die Anwesenden erwarten, daß bei der nächsten größeren Werksteinvergebung **die verschiedensten Bruchdistrikte berücksichtigt werden.** — Als Steuerzahler hat wohl die deutsche Steinarbeiterschaft ein Recht, fordern zu dürfen, daß bei der Vergebung der Arbeiten **des Reichs die heimische Industrie in erster Linie berücksichtigt wird.**

Die Debatte zu dieser Resolution war sehr eingehend und lehrreich.

Gauleiter G. Steininger meinte, der Reichstag hat die Kosten zum Erweiterungsbau bewilligt, Hunderte von Millionen neuer Steuern sind den Arbeitern letzthin aufgebürdet worden, jetzt müssen wir die Beobachtung machen, daß das liebe Reich bei der Vergebung von Arbeiten ausländische Firmen heranzieht. Dagegen muß Protest erhoben werden. (Lebhafter Beifall.)

M. Ruckdäschel, Mitglied des Zentralvorstands, betonte: Die Fichtelgebirgs-Aktiengesellschaft verlangt, daß ihre Arbeiter um 3 Prozent unter Tarif für den Nord-Ostseekanal schaffen möchten. Wenn bei Arbeiten, die das Reich angehen, die Tariflöhne nicht bezahlt werden können, so ist das recht traurig. Wie soll denn das erst mit den privaten Aufträgen werden? (Sehr richtig.)

Der Zahlstellenvorsitzende Schlegel führte aus: Wir sehen es ja hier bei den Arbeiten zum „Völkerschlachtdenkmal", wie sich da die Kollegen manchmal bei der Preisfestsetzung herumstreiten müssen, insbesondere bei den Vereinbarungsarbeiten. Es ist unerhört, daß bei solchen „nationalen" Arbeiten teilweise noch die Löhne gedrückt werden. (Beifall.)

Die in Beucha angenommene Resolution bringt klar und deutlich zum Ausdruck, daß es die Steinarbeiter als eine Schmach empfinden würden, wenn beispielsweise bei den nächsten Vergebungen, die in vier Wochen stattfinden, wiederum eine größere Lieferung ins Ausland käme. Das sagen wir als Arbeiter, daß die 18 000 Kubikmeter in Deutschland innerhalb kürzester Frist ohne jegliche Schwierigkeit angefertigt werden können. — Wir fordern auch, daß bei den nächsten Lieferungen verschiedene deutsche Granitgebiete berücksichtigt werden. Da können etwa höhere Kubikmeterpreise, die nur in Süddeutschland zu erwarten sind, nicht ausschlaggebend sein, um die Angebote unberücksichtigt zu lassen.

Die Eisenbahnfrachtsätze (die Waggons zu 200 Zentnern) stellen sich laut Angabe der Leipziger Eisenbahnbehörde von den nachstehenden Steinbruchsorten aus folgendermaßen:

von Neusorg (Oberpfalz)	bis	Kiel	646 km	154	Mk.
„ Heppenheim (Odenwald)	„	„	687 „	163	„
„ Demitz (Lausitz)	„	„	477 „	117	„
„ Striegau (Schesien)	„	„	650 „	163	„

Die Unternehmer von **Striegau** benützen allerdings **nur teilweise den Bahntransport;** in **Maltsch** bei Breslau beginnt **der Schiffstransport auf der Oder.** Die **Demitzer** Firmen wiederum könnten in Riesa den Wassertransport auf der Elbe eintreten lassen, so daß sich aus der Lausitz und Schlesien die Frachtsätze von 117 bzw. 163 Mark bedeutend erniedrigen werden. Vom Fichtelgebirge aus kann ein Wassertransport nicht in Frage kommen. Als etwaiger Verladehafen käme nur Frankfurt a. M. in Betracht, aber bis dorthin sind die Eisenbahnfrachtsätze schon so hoch, daß die Verbilligung durch den Wassertransport gar nicht mehr stark ins Gewicht fällt.

Wir sind der Meinung, daß bei der weiteren Werksteinsvergebung der Schwarzwald, der Odenwald, die bayrischen Gebiete usw. nicht umgangen werden sollen. Die einzelnen Gesteinsvarietäten in den vorgenannten Gebieten sind in ihrer Struktur und Druckfestigkeit so beschaffen, daß sie den gestellten Ansprüchen ohne weiteres entsprechen. Die Farbennüancierung des Gesteins kommt bei Schleusenbauten fürwahr nicht in Betracht. Die bürokratisch denkenden Geheimen Bau- und Oberbauräte werden wahrscheinlich einwenden, ja die Granite aus den einzelnen Gegenden sind in ihren spezifischen Gewichten, in der Druckfestigkeit und Farbe recht unterschiedlich, so daß es nicht tunlich erscheint, mehrerlei Gesteinssorten zu berücksichtigen. Auf diese Art technischer Bedenken, die eingeworfen weren könnten, müssen wir erklären, daß sie nicht stichhaltig sind. Selbstverständlich betonen auch wir, daß zu solchen Wasserbauten **nur gutes, exakt bearbeitetes Material Verwendung finden darf.** Wenn der bayrische Waldgranit zu der gewaltigen Deggendorfer Steinbrücke allen Anforderungen genügte, wenn zu den Rheinbrückenbauten der Granit des Odenwaldes Verwendung finden konnte, dann kann auch eine kaiserliche Baubehörde mit technischen Bedenken gegen jene Gesteinssorte nicht mehr stichhaltig operieren. Und wenn aus den südlich gele-

genen Bezirken die Kubikmeterpreise etwas höher im Ansatz erscheinen, so liegt das in den Frachtsätzen begründet.

Die schwedischen Steinbruchbesitzer haben allerdings für 100 Kilogramm 50 Pfg. an Zoll zu entrichten; auf diese Weise fließt dem Reichssäckel die „ungeheure" (!) Einnahme von 18 700 Mk. zu. Wären aber diese 1500 Kubikmeter Werksteine nach Südbayern gegangen, dann hätten die Staaten Bayern und Preußen **etwa 75 000 Mark** an Frachtsätzen eingenommen.

•

Die Zuschlagserteilung, wie sie nun erfolgt ist, hat die Unternehmer stark verschnupft; wir finden es begreiflich. Und nun tuten die Herren ins Horn und verlangen sofort höhere Zollsätze bei der Einführung von ausländischen Werksteinen. So weit können wir natürlich nicht gehen. Warum, das setzen wir schon auseinander. Wenn der Steinmetzmeisterverband die Formel bei den Behörden durchdrücken kann, **daß bei allen Staatsbauten die Werksteinarbeiten im Inlande angefertigt werden müssen, so findet er dabei unsre Unterstützung.** — Dieser Standpunkt ist loyal, auch dem Ausland gegenüber. Denn wenn beispielsweise Schweden 100 000 Tonnen Eisenbahnschienen braucht, dann sind die Arbeiter völlig im Recht, wenn sie sagen: Wir in Schweden haben Roheisen genug, um diese Schienen selbst produzieren zu können. Diese unsre Meinung würden wir allerdings dann revidieren, wenn unternehmerseitig durch Kartellbildungen das schwedische Volk unverschämt geschröpft werden soll. — In solchen Fällen, wir sprechen nur allgemein, ist es sogar wünschenswert, wenn beispielsweise in Deutschland bei der Vergebung von Geschützlieferungen noch andre Konkurrenten außer Krupp herangezogen werden.

Ein Teil der Steinindustriellen schreit, wie gesagt, nach hohen Zollsätzen; **die Granitwerkschleifereibesitzer wiederum erheben das Feldgeschrei, daß die Rohblöcke des roten und schwarzen schwedischen Granits in Deutschland zollfrei eingeführt werden sollen.**

In dieser Richtung bewegt sich eine Eingabe der oberfränkischen Handelskammer an die bayrische Regierung. Aus der Eingabe zitieren wir:

> Die oberfränkischen Steinschleifereien sind, wie die deutschen Steinschleifereien überhaupt, größtenteils auf den Bezug schwedischen Materials angewiesen, weil sich in Deutschland Granit und Syenit in solchen Massen und in solchem Farbenreichtum wie in Schweden nicht vorfindet.

Wenn wirklich die bossierten Rohsteine verzollt werden müssen, dann muß den Zollsatz teilweise die Steinarbeiterschaft und das kaufende Publikum tragen. Unsre Tarifbewegungen in den Betrieben der Monumentalbranche werden durch die Zollsätze auf Rohmaterial ungünstig beeinflußt, weil die Unternehmer auf die Verteuerung des Rohmaterials und auf die Konkurrenz durch den Muschelkalk und Kunststein mit Recht verweisen können. — Wenn wir ungeschminkt unsre Meinung mit kurzen Worten zum Ausdruck bringen wollen, so lautet sie: Die jetzigen Zollsätze, soweit Werksteinarbeiten in Frage kommen, genügen. Das aus Schweden einzuführende Rohgestein soll nicht der Verzollung unterliegen, denn sonst würden unsre Steinmetzen und Schleifer stark in ihrem Erwerb geschädigt werden. —

Auch Schweden setzt sich zur Wehr, und zwar bei den Fabrikaten der verschiedensten Art. Wenn man in Stockholm Repressivmaßregeln ersinnt, sollte uns das vielleicht wundern?

Die deutsche Werksteinindustrie kann ohne höheren Zoll genügend geschützt werden, wenn die Reichsbehörden nach der von uns vorgeschlagenen Formel handeln.

Streiks und Volkswirtschaft.

II.

Sehen wir zu, was die Statistik enthüllt. Die der Berichterstattung des Reichsarbeitsblattes angeschlossenen Krankenkassen umfassen nur ein Sechstel der Erwerbstätigen, aber sie weisen trotzdem schon mehr Arbeitslosentage auf, als die Streiks einschließlich Aussperrungen arbeitsfreie Tage verursachen. Hier ein Beispiel dafür: Ab April 1908 waren in den Kassen weniger Personen versichert als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres: April 12 747, Mai 56 169, Juni 44 297, Juli 45 836, August 63 824, September 79 397, Oktober 81 582, November 93 418, Dezember 95 782 und im Januar 1909 im Vergleich mit dem Januar des Vorjahres: 81 031 Personen. Rechnet man den Monat zu 25 Arbeitstagen, dann resultieren aus dem Mitgliederabgang in den zehn Monaten für insgesamt 654 083 Personen 15 352 075 arbeitslose Tage. Dabei ist nun aber noch nicht berücksichtigt, daß mit der jährlich um etwa vier Fünftel Millionen Köpfe wachsenden Bevölkerung auch die Zahl der arbeitsfähigen, nach Erwerb drängenden Menschen sich steigert. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes und der Tatsache, daß die berichtenden Krankenkassen nur 15 Prozent der Erwerbstätigen umfassen, dürfte die Summe der in Wirklichkeit aus der Arbeitslosigkeit resultierenden Tage unfreiwilliger Muße auf mindestens das dreifache der errechneten 15⅓ Millionen steigen. Doch bleiben wir bei dieser Zahl! Wie verhält sie sich zu den durch Streiks und Aussperrungen verlorenen Arbeitstagen? Nach der als zuverlässig anerkannten Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands stellt sich der Verlust an Arbeitszeit aus den bei wirtschaftlichen Kämpfen erfolgten Arbeitseinstellungen im Jahre 1908 auf rund 2 Millionen Tage und für das Jahr 1905 auf rund 2¼ Millionen Tage. Für die letzten zehn Jahre verzeichnet die Statistik insgesamt 31 Millionen Tage als Verlustresultat der gesamten Arbeitskämpfe. Wohlgemerkt: einschließlich der Aussperrungen! Das eine Jahr — 1908 —, für das wir die Folgen der Arbeitslosigkeit nach der Krankenkassenstatistik ermittelten, hat mehr Ausfall an Arbeitstagen durch unfreiwillige Muße erbracht, als die zehn Jahre zusammen infolge von Arbeitskämpfen. Es ist also absurd, anzunehmen, ohne Streiks hätte man vielleicht eine größere Produktion erzielen können.

Eine präzise Berechnung läßt sich leider nicht aufstellen, dazu reicht die amtliche Statistik nicht aus. Aber noch eine andre Aufmachung als die vorstehende, die jeden Zweifel darüber nehmen muß, daß die durch Streiks als **verloren zu bezeichnenden Arbeitstage durch den Ausfall infolge von Arbeitslosigkeit noch übertroffen werden, die Gesellschaft demnach die vorhandenen Arbeitskräfte** gar nicht verwenden kann, ist doch möglich. Die Grundlage dazu bieten die im Reichsarbeitsblatt vierteljährlich veröffentlichten Angaben über die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden und die durch die Streikstatistik der Generalkommission ermittelten Ergebnisse. Wir ziehen als Vergleichsjahr ein Jahr der Hochkonjunktur heran, in dem die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig schwach ist, während es gleichzeitig am meisten von Streiks betroffen wird. Nach der Streikstatistik betrug der Verlust an Arbeitstagen infolge von Streiks und Aussperrungen:

1900	1 223 702	Tage
1901	1 194 553	„
1902	964 317	„
1903	2 622 232	„
1904	2 120 154	„
1905	7 362 802	„
1906	6 317 675	„
1907	5 122 467	„
1900/1907	26 927 902	Tage
Jahresdurchschnitt	3 365 968	Tage

Das Jahr 1905 sticht mit einer ungewöhnlich großen Ziffer hervor als Resultat des großen Bergarbeiterstreiks. Das Jahr 1906 hat ebenfalls eine ungewöhnlich hohe Ziffer, anderseits war in diesem Jahre die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig minimal. Trotzdem geht dieses Jahr mit seinen verlorenen Arbeitstagen als Folge von Arbeitslosigkeit über den Verlust als Resultat von Streiks weit hinaus. Nach der Arbeitslosenstatistik der Fachverbände ergeben sich für 1906 für durchschnittlich 1,3 Mill. in den Verbänden versicherte Personen 2 333 915 arbeitslose Tage. Während nun die gewerkschaftliche Streikstatistik fast restlos sämtliche Ausstände und Aussperrungen umfaßt, trifft das naturgemäß auf die Arbeitslosigkeit nicht zu. Gibt es doch noch eine Reihe Verbände, die wegen des großen Umfanges der Arbeitslosigkeit von der Einführung einer Arbeitslosenversicherung für ihren Beruf absehen. Daß die organisierten Arbeiter von der Arbeitslosigkeit stärker betroffen werden als die unorganisierten, wird man im allgemeinen kaum behaupten können. Man kann daher wohl den Grad der Arbeitslosigkeit bei den Fachverbänden, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, auf die Gesamtheit der Arbeiter verrechnen. Wir wollen dabei aber noch die Landwirtschaft völlig ausschalten. Dann bleiben nach der Berufszählung von 1907, mit der man hier wohl operieren kann, rund 10½ Millionen Arbeiter, Lehrlinge und Gesellen. Für diese würden sich nach der obigen Proportion für das eine Jahr über 18 Millionen durch Arbeitslosigkeit verloren gegangener Arbeitstage ergeben. Selbst wenn man unterstellt, daß die wirkliche Arbeitslosigkeit nur ein Drittel so groß sei, dann resultierte aus dem Jahre der Hochkonjunktur immer noch mehr Verlust aus Arbeitslosigkeit als infolge von Streiks und Aussperrungen.

Mathematisch betrachtet, hat der Einwand: durch Streiks werde der Produktion eine nicht entbehrliche Summe von Arbeitskraft entzogen, nicht die allergeringste Berechtigung. Man könnte einwenden: so mechanisch darf das Problem nicht aufgefaßt werden, mathematisch ist es nicht zu lösen. Streiks, wird man sagen, drängen die Unternehmungslust zurück und vermindern so die Summe der zu produzierenden Güter. Wenn das aber auch nicht der Fall wäre, resultiere immerhin eine Minderproduktion, weil man bei eintretenden Streiks die Ansprüche des Marktes während der kurzen Zeit dringender Nachfrage nicht befriedigen könne und dieser Verlust nicht einzuholen sei. Die Hinfälligkeit solchen Einwandes liegt auf der Hand. Ebensowenig wie die Summe der vorhandenen Arbeitskräfte, bestimmt das Konsumbedürfnis der Masse den Grad der Gütererzeugung. Sonst könnten ja keine Krisen mit Arbeitslosigkeit eintreten, obwohl die Bedürfnisse in bezug auf Wohnung, Ernährung, Bekleidung usw. bei weitem nicht befriedigt werden können. Wären die Krisen Folgen tatsächlicher Ueberproduktion, hätten sie nicht als Begleiterscheinung einen Unterkonsum, dann könnten Streiks theoretisch die Produktion vermindern, aber praktisch wäre das immer noch nicht geschehen, weil ja die trotz der Streiks resultierende Arbeitskraft gar nicht ausgenutzt worden ist.

Wirtschaftliche Rundschau.

Dividendenschätzungen. — Die Rentabilität der Aktiengesellschaften in den Jahren 1908 und 1909. — Steigende Warenpreise im Großhandel.

Durch die Börsenpresse gehen nunmehr wieder wie alljährlich die Dividendenschätzungen zahlreicher Aktiengesellschaften, die Ende Dezember ihr Geschäftsjahr schließen. Vielleicht tauchen sie dieses Jahr noch etwas zeitiger auf als bisher, weswegen auch die Angaben der Betriebsverwaltungen noch unbestimmter sind als sonst. Ueberhaupt darf man auf diese Schätzungen nicht allzuviel geben: sie stehen sehr häufig mit den nachträglichen definitiven Dividendenergebnissen in einem argen Widerspruch. Aber aus börsentechnischen Gründen muß man vor dem Abschluß des Geschäftsjahres einer Gesellschaft so ungefähr wissen, wie hoch die zu erwartende Dividende ist, da am Ende des Geschäftsjahres der Dividendenschein für das fällige Jahr abgetrennt, der Kurs für die weiterhin gehandelte Aktie entsprechend niedriger festgesetzt wird. Auch schon jetzt üben die Schätzungen auf die Höhe des Kurses eine merkliche Einwirkung aus, so ungenau auch die Angaben im allgemeinen sein mögen. Ueberblickt man die Zahl der vorliegenden Schätzungen, so überwiegen die Angaben, die auf eine Besserung der finanziellen Ergebnisse fürs laufende Jahr schließen lassen. Und dieses Resultat war auch zu erwarten. Das Jahr 1910 mußte eine Zunahme des Reingewinns der deutschen Aktiengesellschaften bringen. Hand in Hand damit geht aber auch eine Zunahme der Dividendensumme, die erheblich größer ausfallen wird als im Jahre 1909.

Schon im Jahre 1909 war nämlich die Dividendenkurve wieder steigend, wie sich aus der Rentabilitätsstatistik der Gesellschaften ergibt, die im laufenden Jahre ihre finanziellen Ergebnisse vergleichbar mit dem Jahre zuvor veröffentlicht haben. Die Ergebnisse dieser Gesellschaften beziehen sich in der Hauptsache auf das Jahr 1909. Nur für einen Teil kommt auch schon das erste Viertel oder die erste Hälfte des Jahres 1910 in Betracht. Insgesamt haben bis Ende September 3229 Aktiengesellschaften ihre Ergebnisse für das letzte Geschäftsjahr so veröffentlicht, daß ein Vergleich des Nominalaktienkapitals nur die Dividende mit dem Jahre 1908 resp. 1908/09 möglich ist. Diese Gesellschaften arbeiteten im Jahre 1909 mit einem Aktienkapital von 10,62 Milliarden Mark gegenüber einem solchen von 10,28 im Jahre 1908. Das Aktienkapital der nämlichen 3229 Gesellschaften hat sich in dem einen Jahre um genau 339 715 000 Mk. oder rund 340 Millionen Mark vermehrt. Auf das Nominalkapital des Jahres 1908 wurde nun für das Geschäftsjahr 1909 eine Dividendensumme von 758,46 Millionen Mark verteilt, was eine Dividende von 7,38 Proz. ergibt. Im Jahre 1909 kam auf das erhöhte Kapital eine Dividende von 7,61 Proz. Es kamen nämlich 808,61 Millionen Mark als Dividende zur Ausschüttung, das sind 50,15 Millionen Mark mehr, von welchem Plus allerdings das neue Kapital allein zirka 26 Millionen Mark für sich in Anspruch nimmt. Greift man die wichtigsten Gruppen der Warenherstellung aus der Gesamtheit der Aktiengesellschaften heraus, so haben zweifellos die Aktiengesellschaften der chemischen Industrie schon am günstigsten abgeschlossen. Denn nicht nur steht hier die Dividendenziffer absolut am höchsten, auch die Steigerung von 1908 auf 1909 ist, abgesehen von den Kammgarnspinnereien, in keinem Gewerbe stärker gewesen. Auf ein Aktienkapital von 393,32 Millionen Mark, das 104 Gesellschaften repräsentierten, kam nämlich eine Dividende von 15,7 Prozent gegenüber einer solchen von 14,1 im Jahre 1908. In der Gruppe Textilgewerbe ging die Dividende von 8,3 auf 9,5 hinauf, an welcher Durchschnittssteigerung die einzelnen Zweige einen ganz verschiedenen Anteil hatten. Bei den Baumwollspinnereien und Baumwollspinnereien ist eine Abnahme der Dividende festzustellen, während die Gesellschaften der Wollindustrie, vor allem die Kammgarnspinnwebereien, weiter auch die Seidenwebereien und die Baumwollwebereien sehr gut abgeschnitten haben. Um die Bewegung der durchschnittlichen Dividenden in den Hauptgruppen der Warenherstellung zu veranschaulichen, führen wir sie nachstehend in der Weise auf, daß wir die Zahl der Gesellschaften, das Nominalaktienkapital für das letzte Geschäftsjahr und die zwei letzten Dividendenziffern in Prozent für jede Gruppe angeben:

Gruppe	Aktienkapital in 1000 Mk. für das Jahr 1909 resp. 1909/10	Dividende in Prozenten 1909	1910
Bergbau- und Hütten	1 374 886	8,1	8,0
Eisengewerbe	1 075 297	7,9	8,1
Nahrungs- und Genußmittel	485 793	6,0	6,5
Textilgewerbe	427 079	8,3	9,5
Ledergewerbe	98 111	9,3	9,5
Bekleidung und Reinigung	15 592	6,3	7,4
Baugewerbe	405 627	3,7	3,9
Steine und Erden	362 671	7,5	6,7
Holz und Schnitzstoffe	64 579	11,0	8,7
Chemische Industrie	393 325	14,1	15,7
Papiergewerbe	89 684	6,0	6,7
Graphische Gewerbe	43 579	6,4	7,1

Von diesen 12 Gruppen zeigen 3 eine Abnahme der Durchschnittsdividende gegen 1908, nämlich die Gruppen Bergbau und Hütten, Steine und Erden sowie Holz- und Schnitzstoffe. Bei allen übrigen ist wenigstens für die gesamte Gruppe die steigende Tendenz zum Durchbruch gekommen. Von den nicht zur Warenherstellung gehörigen Gruppen der Aktiengesellschaften seien noch die Verkehrsgesellschaften und Banken genannt. Beide fallen infolge der Höhe ihres Aktienkapitals stark ins Gewicht. 345 Verkehrsgesellschaften mit einem Nominalaktienkapital von 1,39 Millionen Mark verteilten im Durchschnitt für das Jahr 1909 eine Dividende in Höhe von 4,3 Prozent, während für das Jahr zuvor auf ein von zirka 14 Millionen niedrigeres Kapital 3,4 Prozent ausgeschüttet worden waren. Die Banken endlich einschließlich der Versicherungsgesellschaften gaben 8,3 gegen 8,1 Prozent Dividende. Das ist der Durchschnitt für 485 Gesellschaften mit einem Kapital von 3,76 Millionen Mark.

Es ist an dieser Stelle in letzter Zeit wiederholt auf die Bewegung der Großhandelspreise hingewiesen worden, die lange hindurch im Gegensatz zu der Bewegung die Detail- und hier namentlich wieder zu der die Nahrungsmittelpreise eine im Vergleich zum Vorjahr stärker weichende Richtung eingehalten hatten. Der September hat in dieser Beziehung eine auffällige Aenderung der Tendenz gebracht. Während noch im August der Index für die Großhandelspreise um 5,49 Prozent hinter dem Vorjahr zurückblieb, ist die Steigerung im September so heftig gewesen, daß das Minus gegen 1909 nur noch 0,86 Prozent beträgt. Zweifellos kommt in der ziemlich durchgängigen Erhöhung auch schon die Wirkung der Verteuerung der Geldleihsätze zum Ausdruck. Bei dieser Entwicklung der Großhandelspreise wäre, falls sie anhaltend sein sollte, vorläufig nicht mit einer Ermäßigung der Detailpreise zu rechnen, vielmehr müßte man besorgen, daß auch hier neue Preisaufschläge in Aussicht stehen. Der lebhaftere Verkehr vor Weihnachten bietet ja für Preiserhöhungen in guten Jahren stets und ständig einen fruchtbaren Boden.

Berlin, am 12. November 1910.

Richard Calwer.

Der „Aufklärungsartikel" seitens der Leitung des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbands.

In der Nr. 45 unseres Fachblatts mußten wir, weil von der „Konkurrenzorganisation" in der letzten Zeit über unsern Verband unwahre Behauptungen bezüglich der Finanz- und Verwaltungstätigkeit verbreitet wurden, einmal auch die Finanzwirtschaft des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbands beleuchten. Im voraus sei bemerkt, daß der betreffende Artikel sehr sachlich gehalten war. Wir wünschten, da der Christliche Verband keine gedruckten Jahresberichte der Allgemeinheit zugänglich macht, Aufklärung über seine „Finanz"- und „Verwaltungswirtschaft".

Der Artikel in unserm Fachblatt scheint nun den Herren im Bureau Lechner u. Co. gewaltig auf die Nerven geschlagen zu sein, denn statt einer genauen Auskunft schreiben sie von einer **sozialdemokratischen Unverfrorenheit, Lüge, Unwahrheit usw.**

Als Verfasser des „Aufklärungsartikels" vermuten wir, dem geistigen Inhalt und der Schimpfweise nach, den Herrn Redakteur Martinus Fromm. Als Anrede des Gauleiters Herrmann gebrauchte er das Wort „Genosse"; er betrachtet dies wohl als Ehrentitel. Hoffentlich fühlt sich Herr Fromm nicht getroffen, wenn wir in Zukunft von einem gewissen „Zentrumsbruder" reden, denn Herr Fromm ist ein Stern erster Güte am Zentrumshimmel; allerdings leuchtet sein Geisteslicht nicht im heiligen Köln, sondern in den pechkohlrabenschwarzen Winkeln des Kreises Wipperfürth (Rheinland). Dort, in einigen vergessenen Dörfern, redet er die ††† Sozialdemokraten mausetot. Dort hat er auch einmal den Steinarbeitern einen Schutzheiligen bestimmt; wenn wir nicht irren, war es der St. Michael oder der St. Barnabas. Da nun Fromm durch den „Steinarbeiter" die Leidensgeschichte der fünf Steinmetzen kennt (siehe Nr. 45 und 46), so kann er sich zum Schutzpatron den seligen Simplizius erwählen.

Im „Aufklärungsartikel" der Christlichen Keramarbeiterzeitung wird zunächst behauptet, daß der Gauleiter H. seine Stellung nur deswegen behalten hätte, weil er der Generalversammlung über die Mitgliederzahlen des Christlichen Verbands Unwahres mitgeteilt habe. **(Wir können erklären, daß niemals im Zentralvorstand die Aufhebung des Gauleiterpostens in Köln erwogen worden ist.)** Von der Leitung des Verbands erfolgt nun abermals keine genaue Mitgliederzusammenstellung, so daß wir unsre Behauptung voll aufrecht erhalten, daß in dem Bezirk Köln (7. Gau) nicht mehr als 1600 Steinarbeiter bei den Christen organisiert sind. Wieviele Keramiker noch hinzukommen, das wissen wir nicht. Nehmen wir an, es seien mit den Steinarbeitern der Pfalz und bis Osnabrück insgesamt 4000 Mann, dann sind zur Agitation die Herren Brendel, Küper, Kail und Herr Fromm angestellt. Herr Fromm wird wohl nicht bestreiten, daß er neben seiner Tätigkeit als Redakteur viel in der Agitation tätig ist. Wenn wir nun 4000 Mitglieder für die Beamten (die angeführt sind) annehmen, dann bleibt für die Herren Bezirksleiter Lechner-Regensburg und Schedel-Würzburg nicht mehr viel übrig. Ob der Bezirksleiterposten in Schlesien,

den Herr Küper bisher innehatte, schon wieder neu besetzt ist, entzieht sich unsrer Kenntnis.

Im „Aufklärungsartikel" wird dann dem Gauleiter als „ahnungslosen Engel" empfohlen, die Berichte in Nr. 17—19 und 25 des „Keramarbeiters" nachzulesen. Auch das haben wir getan, können jedoch nicht herausfinden, wie stark die Mitgliedszahlen in den einzelnen Berufen und Zahlstellen sind. Also, bitte heraus mit den Zahlen, auch den Betrag mitteilen, den die Hauptkasse an Beiträgen usw. erhielt.

Herr Fromm erklärt nun, daß die Behauptung falsch sei, wonach die Frankfurter Konferenz vom 15. November 1908 erklärt habe, daß wegen der geringen Anzahl der christlich organisierten Steinarbeiter ein eigner christlicher Verband nicht errichtet werden könne. Er spricht sogar davon, der Gauleiter hätte die Berufskollegen angelogen. Vielleicht steckt Herr Fromm einmal seine Nase in die Nr. 48, Seite 226, Jahrg. 1908 der christlichen Zeitung die „Baugewerkschaft"; dort kann er die Resolution lesen, die eingangs folgendes sagt: **„Von der Gründung eines besonderen Steinarbeiterverbands ist abzusehen. Die Natursteinarbeiter bilden nicht die Grundlage einer leistungsfähigen Organisation usw."** In dem Bericht Seite 225 des vorgenannten Blattes wird dann noch mitgeteilt, **daß am 15. November 1908 zirka 5—6000 Steinarbeiter christlich organisiert seien. Wo mögen die nur jetzt sein, Herr Fromm?** Bezüglich der Drucklegung der Jahresberichte wird dann mitgeteilt, daß jede christliche Zahlstelle einen ausführlichen Bericht erhält. **Warum wagt man nicht, auch jedem Mitgliede einen solchen zu geben? Das läßt tief blicken.** Diejenigen, die einen solchen Rechenschaftsbericht verlangen, werden als „Quasselfritzen" bezeichnet. **Wenn die Leitung sich frei weiß bezüglich der Vorwürfe über ihre „Verwaltungs- und Finanzwirtschaft", warum übergibt sie der Redaktion des „Steinarbeiters" keinen Bericht von 1906—1910?** Die Herren vom Bureau Lechner u. Co. werden sich anscheinend schwer hüten. Es wundert uns nur, daß die **Mitglieder** des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbands sich solches von der Leitung bieten lassen; denn jedes Mitglied hat doch das Recht, einen ausführlichen Rechenschaftsbericht zu verlangen. Der schwarze Artikelschreiber sagt dann, der Gauleiter hätte sich den Kassenbestand vom Jahre 1906 mit 21 345 Mark aus den Fingern gesogen. Wir wollen dem schwachen Gedächtnis des Artikelschreibers zu Hilfe kommen. Die Gesamteinnahme in 1907 betrug laut Angaben des Zentralblatts der Christlichen Gewerkschaften Seite 181, Jahrgang 1908, 72 875 Mark, die Gesamtausgabe 56 501 Mark. Da nun am 31. Dezember 1907 ein Kassenbestand von 37 719 Mark angeblich vorhanden war, so muß doch, da im Jahre 1907 von den Einnahmen abzüglich der Ausgaben ein Betrag von 16 374 Mark geblieben war, die Differenzsumme dadurch gefunden werden, daß der **Restbetrag, der von der Summe von 37 719 Mark fehlt, den Kassenbestand vom Jahre 1906 darstellt!**

Es wird nun aber so dargestellt, als wenn die Zahlen gefälscht seien; ja man versucht uns glauben zu machen, daß die **Aufstellung des Zentralblattes nicht maßgebend sei!** Eine heillose Wirtschaft scheint ja zu herrschen; aber man kann doch verlangen, daß der Redaktion des Zentralblattes klarer Wein eingeschenkt wird. Herr Lechner (Zentralvorsitzender) berichtet, daß am Schlusse des Jahres 1906 ein Kassenbestand von 19 222.59 Mark vorhanden war. (Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften 1908, Seite 129.)

Mit keinem Worte wird Aufklärung gegeben, **zu welchem Zweck der Anteil der Lokalkassen vom Jahre 1907 im Betrage von 16 470 Mark verwendet wurde.** Es heißt ganz einfach, es wurde in der Jahresabrechnung ausführlich geschildert. Wo bleibt da die Beachtung des Statuts mit den 10—15 Prozent? Wenn dann von „verdächtigenden Bemerkungen" gesprochen wird, dann kommt das daher, weil die Jahresberichte des Christlichen Verbands fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinen. Besonders entrüstet sich der Artikelschreiber, daß wir Aufklärung verlangen, woher die diverse Einnahme vom Jahre 1909 im Betrage von 21 461 Mark stammt? Hier gebraucht man die Ausrede, daß sich der Posten aus 7 Positionen zusammensetzt. Solange diese Positionen uns nicht detailliert gegeben werden, bleibt der Verdacht bestehen, daß die 21 461 Mark ein Darlehen sind.

So lange auch nicht genauer Aufschluß gegeben wird, was die einzelnen Streiks gekostet haben, müssen wir starken Zweifel haben, daß solche Summen für Streiks ausgegeben worden sind. Es wird dann noch weiter mitgeteilt, daß die Kosten der Bezirksleiter meistens von den Kollegen im Bezirk aufgebracht werden. Wie wir aus dem Keramarbeiterblättchen ersehen, betragen die Bezirksbeiträge durchschnittlich pro Woche 5 Pfg. Ob die Summe nun zur Bestreitung der Summen für Gehalt, Fahrgeld und Spesen reicht? — Das glauben wir nicht. Wo sind denn diese Einnahmen im Jahresbericht gebucht, bei den diversen Einnahmen? Wenn ja — wo sind dann die Ausgaben für die 5 Bezirksleiter und 1 Lokalbeamten gebucht?

Wegen des angeblich verweigerten Rechtsschutzes des Kollegen H. U. sei dem Artikelschreiber mitgeteilt, daß seine Klage schon vor seiner Mitgliedschaft anhängig war. Trotzdem hat die Zahlstelle Bickenbach aus Ortsmitteln 12 Mark für Prozeßkosten aufgewendet. Eine glatte Unwahrheit ist auch die Behauptung, die Zahlstelle Bickenbach sei aufgelöst.

Wir richten zum Schlusse nochmals die dringende Aufforderung an die Leitung des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbands, unsrer Zentralleitung die Jahresberichte ihrer Organisation zur Verfügung zu stellen, damit wir eine genaue Nachprüfung veranlassen können. Kommt sie unserm Wunsche nicht nach, dann kann man es uns nicht verdenken, wenn wir über ihre „Verwaltungs-" und „Finanzwirtschaft" uns eine besondere höchst eigentümliche Meinung bilden.

*

Die naive Neugierde des Herrn Fromm

soll auch noch Befriedigung finden. Die Aufmachung der Lechnerschen Buchführung ist Herrn Fromm ebenfalls auf die Nerven gefallen, so daß er von neuen Wutausbrüchen befallen wurde und in seinem Blättchen vom 12. November 1910 folgende famose Frage stellte:

> Wie kommt es, daß der „rote" Steinarbeiterverband im 1. Quartal 1910, also während der Wintermonate, 10 200 Mark an Krankenunterstützung und im 2. Quartal 1910, also im Frühjahr, 30 600 Mark, also den dreifachen Betrag, an Krankenunterstützung bezahlt hat? Ist, während andre Steinarbeiter die höchsten Krankheitsziffern aufweisen, vergangenen Sommer unter den roten Steinarbeitervölkern eine Epidemie ausgebrochen?

Der schwarze Frager will witzig sein, in Wirklichkeit benimmt er sich mit seiner Fragestellung sonderbar komisch und blöde. Wir wollen aber, weil wir geduldig sind, nun dem müßigen Frager, besser genannt Schwätzer, ebenfalls Rede und Antwort stehen. Da sie nun einmal nicht anders können, so bemängeln die Brüder in den Abrechnungen die eingesetzten Posten und glauben, die großen Schwankungen in der Ausgabe für Krankenunterstützung für ihre unsauberen Geschäfte benutzen zu können.

Im Steinarbeiterverband kommen die Ausgaben für Unterstützungen **in der Abrechnung der Hauptkasse erst dann zum Ausdruck, wenn die Zahlstellen damit abgerechnet haben; denn die Unterstützung wird in den Zahlstellen ausbezahlt.** Nun ist doch ein großer Teil Kollegen von einem in das andre Quartal **krank.** Daß da eine bedeutende Schwankung eintreten muß, ist erklärlich, **denn die Zahlstellen senden die Belege erst ein, wenn der Kollege entweder gesund oder ausgesteuert ist.**

Wir wollen dem unbeholfenen Fragesteller etwas auf den Trichter helfen und verweisen auf die Abrechnungen der Zahlstellen vom 1. und 2. Quartal 1910. (Siehe „Steinarbeiter" Nr. 40, Beilage.)

Laut Abrechnung wurden im 1. Quartal 1910 **in den Zahlstellen** für Krankenunterstützung ausgegeben **25 267** Mark. Mit der Hauptkasse wurden jedoch nur 10 200.25 Mark verrechnet. Im 2. Quartal 1910 wurden in den Zahlstellen nur 13 114 Mark für Krankenunterstützung gezahlt, dagegen mit der Hauptkasse 30 602.50 Mark verrechnet. So entstehen die großen Differenzen. **Wir machen eben in der Hauptkasse nicht zweierlei Abrechnungen,** wie es die Herren Christlichen tun. Die „Keramarbeiterzeitung" schreibt ja unter dem 12. November d. J. auf die Darstellung unsres Gauleiters Herrmann hin: „Wir müssen hier vorausschicken, daß als Abrechnung für unsre Mitglieder der jeweilige Jahresbericht maßgebend ist. Bei den Abrechnungen im Zentralblatt **handelt es sich nicht um eine endgültige detaillierte Abrechnung."** Hm, hm.

Herr Fromm gibt also unumwunden zu, daß der Geschäftsbericht mit den Zahlen, welche der obersten Instanz, der christlichen Generalkommission, gegeben werden, nicht übereinstimmt. Fromm hat sich unwillkürlich verplappert, denn die „doppelte" Buchführung ist schlankweg zugestanden. Gleich einem Kamel im Porzellanladen trottet aber Fromm noch weiter. Er schreibt: **Mangels einer besonderen Rubrik** wurden im „Zentralblatt" Kassen- und Vermögensbestand gemeinsam aufgeführt. **Die zu wenigen Rubriken scheinen ebenfalls schuld zu sein, daß die Geschäftsberichte des Herrn Oswald so irreführend, gleich einem Labyrinth, geworden sind.**

Herr Fromm, wir danken, daß Sie uns sagten, daß das Zahlenmaterial für die Mitglieder nicht übereinstimmt mit den Angaben im „Zentralblatt". — Wenn der Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft den Aktionären gegenüber so handelte, **dann hätte der Staatsanwalt die Pflicht, ungesäumt zuzupacken.**

*

Die „Keramarbeiterzeitung" schreibt, im roten Steinarbeiterverband hätte ein Bezirksleiter vor zwei Jahren etwa 2000 Mark unterschlagen. Wir sagen, das ist leider wahr. Als unsre Verbandsleitung von dieser Unterschlagung Kenntnis erhielt, wurde der Betrüger **sofort, aber auch sofort seines Postens enthoben und der Staatsanwaltschaft übergeben.** Dreimal wurde darüber im „Steinarbeiter" eingehend berichtet, **kein Wort über den Vorgang verschwiegen.**

Wir fragen: „Was hat der Christliche Hilfsarbeiterverband getan, als der schwarze Angestellte Thomas in Mannheim in unrechtmäßiger Weise Diäten bezog?"

Kann es bestritten werden, daß sich Oswald, während er im Landtage saß, bei hohem Diätenbezug, **trotzdem vom Hilfsarbeiterverband in vollem Umfange das Gehalt weiter bezahlen ließ?** Kann ein solches Verfahren anständig genannt werden?

Wir fragen an: „Was ist gegenüber dem **christlichen Beamten Mager-Köln** geschehen, als er seinerzeit 2000 Mark unterschlug? Hat der Staatsanwalt den betrügerischen Beamten gefaßt oder nicht?"

Vielleicht gibt uns Herr Fromm genügende Auskunft.

*

Auch Herr Brendel meldet sich noch.

Die Rotationsmaschinen wollten in Tätigkeit treten, um den „Steinarbeiter" zu drucken, da kommt uns noch ein „gelber" Wischi-Waschi (die Farbe ist schon bezeichnend) des Herrn Brendel zu Gesicht. Auch dieser edle Streiter mit seinen famosen Rechenkünsten soll in der Nasur noch gleich mit erledigt werden. Und was weiß dieser Bezirksleiter mit seiner spärlichen Mitgliederzahl über den Steinarbeiterverband noch „Gruseliges" zu erzählen? Er meint, unser Kassierer Geist wäre mit dem Kassenbestand des „roten" Verbandes nicht zufrieden. — Gut, wir sagen: Wenn unser Finanzminister anstatt über 400 000 Mk. 1 Million in der Kasse haben möchte, ist das ein unrechtes Beginnen? Kollege Geist leidet eben an der Krankheit, **von der ein solider Kassierer befallen sein muß,** nämlich: möglichst ungeheure Mittel aufzuspeichern, um den gewagtesten Unternehmerangriffen gegenüber gewappnet zu sein. Wir freuen uns, daß Kollege Geist ein Finanzmann dieses Schlages ist. Und daß Geist sein Programm durchzuführen weiß, zeigt folgende Aufstellung.

Der Vermögensbestand unsrer Hauptkasse **stieg seit Einführung der zentralistischen Organisationsform im Jahre**

1903	von 50 622.64 Mk.		
	auf 117 594.11 „	66 971.47 Mk.	Zunahme
1904	von 117 594.11 „		
	auf 179 425.28 „	61 831.17 „	„
1905	von 179 425.28 „		
	auf 208 390.50 „	28 965.22 „	„
1906	von 208 390.50 „		
	auf 236 909.32 „	28 518.82 „	„
1907	von 236 909.32 „		
	auf 351 386.52 „	114 477.20 „	„
1908	von 351 386.52 „		
	auf 453 567.07 „	102 180.55 „	„

Also, Herr Brendel, Sie sehen, unsre Finanzen haben sich im Laufe der Jahre sehr günstig entwickelt.

Den ehrlichen Gegner kann aber Brendel mit dem besten Willen nicht markieren.

Er will uns am Zeuge flicken mit den Kassenbeständen, die der Verband 1884, 1889 und 1896 aufwies. — Aber in demagogischer Weise unterläßt Brendel, **zu notieren, daß wir heute über 400 000 Mark Vermögensbestand** in der Hauptkasse haben. Die Zahlstellen besitzen ein Vermögen von etwa **150 000 Mark.**

Aber B. prahlt nun mit dem Vermögen der Keramiker. Sein Verband hätte mit dem, was in der Hauptkasse lagert, was dann in den Zahlstellen liegt und was an **Inventar (!) vorhanden** ist, den kolossalen Gesamtvermögensausweis von netto **25 290.75 Mark** zu verzeichnen.

Und nun vergleiche man damit die Riesensummen, welche dem roten Verbande zur Verfügung stehen. Herr Brendel, wie wird Ihnen da zumute? Herr B., mit Ihren journalistischen Künsten kommen Sie nicht weit. Allerdings wissen wir nicht, ob bei der Inventaraufnahme **auch der große Beamtenstab** der Keramiker genügend Berücksichtigung gefunden hat. Nach dem, was bisher die einzelnen Herren leisteten, dürften sie nur mit minimalen Sätzen zu Buche stehen! Aber im Kopfrechnen ist Brendel recht schwach; der gute Mann kann nicht einmal richtig zusammenzählen. Denn bei der Addierung des Verbandsvermögens in seinem gelben Flugblatt hat er sich überdies noch um 10 Mark verrechnet. Bald fehlt es bei den Christen an den nötigen Rubriken, um übersichtlich abrechnen zu können, dann, wenn genügend Raum vorhanden ist, da können die schwarzen Apostel **wiederum nicht richtig rechnen.** Zu den einfachsten Rechenoperationen reicht also das Gehirnschmalz des Brendel nicht aus. Brendel hält sich, scheint es, an den Spruch Goethes:

> Du mußt versteh'n,
> Aus eins mach zehn.

Und nun lassen wir den Wichtigtuer laufen.

Bericht des internationalen Steinarbeitersekretariats

pro 3. Quartal 1910.

Ungarn. Am Anfang des Jahres 1910 hatten wir insgesamt 859 Mitglieder in neun Ortsgruppen. — Agitation wurde im ganzen Lande sehr rege und intensiv entfaltet und war dieselbe auch von Erfolg. Am 1. Oktober d. J. hatten wir in 15 Ortsgruppen und acht Zahlstellen zusammen 1261 Mitglieder, so daß wir durch unsre Agitation sieben neue Ortsgruppen, acht Zahlstellen und 409 neue Mitglieder errungen haben. Seit 1. April haben wir einen Angestellten, der die Organisation leitet und der die Agitation im ganzen Lande entfaltet. Die ungarländischen Steinmetzen sind sehr zurückgeblieben und daher ist die Aufklärungsarbeit eine sehr schwere. Die Steinbrüche und Werkplätze sind im ganzen Lande zerstreut, was der Agitation sehr hinderlich ist.

Der Kunststein greift immer mehr um sich, welcher Umstand uns sehr viel zu denken gibt. Bisher ist es uns gelungen, ungelernte Arbeiter von den Kunststeinfabriken fernzuhalten. Es arbeiten ausschließlich nur Steinmetzen und gelernte Arbeiter in diesen Betrieben. Gegenwärtig arbeiten zirka 130 Mann in Kunststein.

Holland. Wie berichtet, hat die holländische Regierung einen Gesetzentwurf **zum Schutze der Steinarbeiter bei ihrer Arbeit ausgearbeitet.** Diese Gelegenheit haben wir dazu benutzt, um eine kräftige Agitation unter den holländischen Kollegen vorzunehmen. Und wir haben auch nicht umsonst gearbeitet. In diesem Quartal sind drei neue Abteilungen gegründet worden. Da jedoch die meisten Kollegen in den Städten arbeiten, so kann natürlich von einer großen Mitgliederzahl nicht gesprochen werden.

Am 1. Januar 1911 werden wir eine Statistik über die Arbeitslosigkeit, Krankheiten, Sterblichkeit, Lohnverhältnisse usw. unter den Steinhauern hierzulande vornehmen. Es fehlt uns sehr an guten Rednern unter den Kollegen; doch alles kann ja nicht auf einmal kommen. Sind wir auch eine kleine Organisation, so freut es uns doch, konstatieren zu können, daß wir vorwärts gehen und daß wir Mitglied des internationalen Sekretariats sind.

Italien. Organisiert sind im Bauarbeiterverband 2947 Steinarbeiter in 40 Sektionen. In letzter Zeit waren fünf Bewegungen von Bedeutung und zwar diejenigen in Venezia, Bologna, Biella, Varese, Lucerna, sowie drei größere Streiks und zwar in Viggio, Saravezza und Val d'Oropa. Mit dem Resultat der Bewegungen können wir zufrieden sein.

Amerika. Aus dem Bericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Sandsteinhauer vom Oktober 1910 entnehmen wir folgendes:

An der Statistik haben sich 280 Orte beteiligt, die Arbeitszeit ist in all diesen Orten acht Stunden, die Löhne sind folgende:

Es wurden bezahlt:

35 bis	40	Cent in . . .	1	Orte
40 „	50	„ „ . . .	26	Orten
50 „	60	„ „ . .	187	„
60 „	70	„ „ . .	53	„
70 „	100	„ „ . . .	13	„

Schweiz. Die Kunststeinindustrie schreitet immer mehr vorwärts. In der Granitbranche ist schon Arbeitslosigkeit eingetreten. In der französischen Schweiz nimmt das weiche Steinmaterial aus Frankreich überhand und verdrängt mit dem Kunststein das einheimische Sandsteinmaterial. Die Bewegungen, welche in diesem Quartal stattfanden, entstanden nur auf Grund von Mißachtung der Arbeitsverträge durch die Unternehmer. Nur in einem Falle konnte aber zum Streik gegriffen werden; derselbe dauerte drei Wochen und wurde vollständig zugunsten der Streikenden erledigt. Die übrigen Fälle mußten so gut als möglich durch Unterhandlungen geschlichtet werden. Ein Streik der Marmorarbeiter zur Erhöhung ihrer Löhne ging verloren, ein weiterer in der Kunststeinbranche erzielte 10 Prozent Lohnerhöhung. Viel Mühe muß auf die Kunststeinbranche verlegt werden, allwo die Unternehmer durch alle möglichen Ränke die Akkordarbeit einzuführen trachten.

Belgien. Das letzte Vierteljahr brachte einen ganz ansehnlichen Aufschwung in der Organisierung der Steinarbeiter. In der Provinz Liège sind 700 Mann der Organisation neu beigetreten, so daß der Verband sich veranlaßt sah, für diese Provinz ein Gausekretariat einzurichten. Auch in Namur ist eine schöne Zahl Neueintritte zu verzeichnen. Namur befindet sich mitten in den Steinbrüchen, wo über 3000 Mann beschäftigt sind, und bis jetzt hatte es die Organisation immer schwer, festen Fuß zu fassen. Nun ist auch dies erreicht.

Die Hoffnung des Steinarbeiterverbands, bis Ende dieses Jahres **auf 10 000 Mitglieder rechnen zu dürfen, scheint sich zu erfüllen.**

Oesterreich. Im 3. Quartal haben wir den Höhepunkt der in diesem Jahr außergewöhnlich vielen und großen Streiks zu verzeichnen. Einen würdigen Abschluß der Kampfkampagne bildete der Streik in Saubsdorf und Umgebung in österreichisch Schlesien, an welchem sich 560 Steinarbeiter 10 Wochen beteiligt haben. Dieser Kampf endete mit einem Siege der Arbeiter, sie haben eine fünfprozentige Lohnerhöhung durchgesetzt. Die großen Streiks verursachten begreiflicherweise eine außergewöhnlich hohe Ausgabe. Im Monat Juli 1910 wurden 24 407.82 Kronen, im Monat August 1910 20 143.30 Kronen und im Monat September 1910 8754.20 Kronen an Streikunterstützung ausbezahlt, so daß im 3. Quartal 53 305.32 Kronen an Streikunterstützung aufgewendet wurden. Für Arbeitslosenunterstützung, die sich in diesem Zeitabschnitt noch günstig stellt, haben wir 197.67 Kronen ausgegeben. Die Notfallunterstützung beträgt in den Berichtsmonaten 553 Kronen, An Reiseunterstützung wurden 729.90 Kronen verausgabt. Die Sterbefallunterstützung erreichte im 3. Quartal die Höhe von 275 Kronen, und als Entbindungskostenbeitrag endlich wurden 42 Kronen ausbezahlt. Im 3. Quartal 1910 betragen die Gesamteinnahmen 30 099.45 Kronen, während für diese Zeit eine Ausgabe von 66 716.77 Kronen gegenübersteht. Es ist also eine Mehrausgabe in diesen drei Monaten von 36 617.32 Kronen, die durch die großen Streiks verursacht wurde, zu verzeichnen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Im Laufe dieses Quartals sind auf Grund der neuen Statuten **in einigen Zahlstellen weibliche Mitglieder aufgenommen.** Diesen Mitgliedern **wird neben dem „Steinarbeiter"** auch die **Frauenzeitschrift „Die Gleichheit" unentgeltlich geliefert.** Die in Frage kommenden Ortsverwaltungen mögen deshalb die nötigen Angaben an den Verbandsvorstand gelangen lassen.

Korrespondenzen

Dresden. Vom technischen Aufsichtsbeamten der 7. Sektion, Herrn Ing. Bischoff, geht uns nachstehende Schilderung zu: „Unter Bezugnahme auf die Notiz: „Gräßlicher Unglücksfall" im „Steinarbeiter" Nr. 44 vom 29. Oktober 1910, gestatte ich mir folgendes ergebenst zu erwidern:

Nach dem polizeilichen Unfalluntersuchungsprotokoll und dem Zeugnis sämtlicher im Betriebe zur Zeit des Unfalls anwesenden Arbeiter, hat sich der Unfall folgend zugetragen:

Am 17. Oktober wurde ein 3,2 Meter tiefes Bohrloch weggeschossen, doch trat der erwartete Steinfall nicht ein.

Am 20. Oktober sollten die Steine ausgebrochen werden, um nochmals ein Bohrloch herzustellen.

Dabei wurde eine ca. 3 Finger breite, vom Schuß herrührende Lasse gefunden, welche der tödlich mitverunglückte Zentschel dann besetzen wollte. Er ging mit dem Arbeiter Müller nach oben, ohne daß die auf der Sohle arbeitenden Leute beobachteten, was jene dort errichten wollten. Ohne daß jemand eine Ahnung hatte, ereignete sich die Explosion und das Unglück war geschehen. —

Was die Ursache der Entzündung war, wird unaufgeklärt bleiben. Nach dem Zeugnis der Arbeiter war Leichtsinn seitens

der Beteiligten ausgeschlossen. Zum Stampfen des Besatzes wurde ein Holzstock verwendet. Der Schuß muß zum Anbrennen fertig oder nahezu fertig gewesen sein, weil die Wirkung eine vollständige war. Es wurden ca. 12 Kubikmeter Steine in die Tiefe geworfen und andre größere Steine nur abgerückt. **Ausgebohrt ist also ein versagter Schuß nicht geworden, wenn die Angaben der Zeugen richtig sind.** — —

Ich kann das Unglück nur auf Entzündung des Pulvers infolge Gesteinsdruck zurückführen. Durch den ersten Schuß war das Gestein zersprengt, so daß durch das Ausbrechen und Stoßen beim Besetzen im Innern irgendeine kleine Bewegung eingetreten ist, die das Pulver entzündete. Praktisch ist nachgewiesen, daß Pulver mit Staub vermischt gegen Reibung sehr empfindlich ist.

Im Interesse der beiden Verstorbenen möchte ich bitten, diese kurze Berichtigung in Ihr geschätztes Blatt aufzunehmen.

Der letzte Satz Ihrer Notiz im „Steinarbeiter" ist mehrfach zu unterstreichen und nicht oft genug in Erinnerung zu bringen, nach dem immer wieder versagte Schüsse leichtsinnigerweise ausgebohrt werden, trotzdem es nach unsrer Schießinstruktion glatt verboten ist und vorkommendenfalls Unternehmer und Beteiligte streng bestraft werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Bischoff,
technischer Aufsichtsbeamter."

(Wir nehmen von der Zuschrift des Herrn Ingenieur Bischoff mit Dank Kenntnis. Wir wissen selbst, daß er in seiner Eigenschaft als technischer Aufsichtsbeamter der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft hervorragend bestrebt ist, daß die Unfallverhütungsvorschriften durchgeführt werden. Hoffentlich haben die Kollegen der Firma Preißer in Seeligenstädt (Sachsen) bei der Vernehmung rückhaltslos die Wahrheit gesagt; es ist aber schon öfters vorgekommen, daß aus wirtschaftlichen Gründen nicht alle Beobachtungen bei solchen Vernehmungen angegeben wurden. Ueberdies freuen wir uns, daß Herr Bischoff das nochmals unterstreicht, was wir bezüglich des Schußausbohrens gesagt haben. Redaktion.)

Hauzenberg. Hier tagte am 7. November eine sehr gut besuchte Versammlung. Kollege Mittenmeier hielt einen sehr lehrreichen Vortrag, der ungeteilten Beifall fand und mit sieben Neuaufnahmen belohnt wurde. **Das erste Hundert Mitglieder ist nun überschritten.** Hoffentlich hält diese erfreuliche Entwicklung an und ermutigt alle Kollegen zu neuer **kleinagitatorischer Tätigkeit**, bis die ehemals schwarze Ecke von den „Roten" gestürmt ist. Auch den anwesenden Vorstandsmitgliedern der Christlichen scheint der Referent aus dem Herzen gesprochen zu haben, da sie kein Wort der Erwiderung fanden. Erst nach der Versammlung erlaubten sich die Herren, mit Vorwürfen hervorzutreten, und machten sehr verdutzte Gesichter, als sie vom Gauleiter durch Originalbriefe des Herrn Lechner, Heidacher und der ehemaligen Vorstandschaft von Fürstenzell eines Besseren belehrt wurden. Hoffentlich wird unsre Gastfreundschaft durch die Sekundanten der Familie Lechner in der Weise nicht mehr gestört, da wir sonst zu andrer Stellungnahme gezwungen wären.

Kirschhausen (Odenwald). Aus dem Streikgebiet schreibt man uns unterm 10. November: Soeben kam uns eine schwarze Liste mit dem Begleitschreiben des Unternehmerverbandes von Berlin in die Hände. Wir waren nicht wenig erstaunt, 294 Kollegen darauf verzeichnet zu sehen. Darunter ist auch ein großer Teil von denjenigen, denen die Unternehmer selbst gekündigt haben. Die Leute haben die Kündigung ausgehalten, und nun werden sie hinausgeworfen, damit man sie, wie sich einige sehr christliche und fromme Unternehmer äußerten, aushungern könne. Wir werden durch einige Ausdrücke der Herren nachweisen, welche christliche Nächstenliebe diese gottesfürchtigen Unternehmer besitzen. Herr Bräuer jun. in Sonderbach soll gesagt haben, als ein Posten in seiner Nähe stolperte: „Wenn Du nur das Genick gebrochen hättest, Du Hund!" Weiter meinte er, „nun ja, wenn die Sache wieder durch ist, werden wir die Streikleitung mit dem Bindrottel (Prügel) aus dem Odenwald jagen". Herr Greweli in Hemsbach meint: „Die Bayern sind lauter Faulenzer; dieselben tun nichts wie schnupfen, kauen und rauchen und plaudern, aber arbeiten wollen sie nicht." Herr Fischer in Sonderbach betonte: „Die Fremden sind sein Untergang. Der Streik kann dauern so lange er will, wir (Unternehmer) halten's aus, es kostet nur ein paar hundert Mark mehr Zinsen!" Herr Bräuer hat einen italienischen Kollegen, der Sonnabends seine Frau aus der Klinik in Heidelberg holte und am Sonntag morgen sich einige Stücke Holz spaltete, zur Anzeige gebracht (aus Nächstenliebe). — Ein Unternehmer soll seinen Arbeitern schon lange Zeit 10 Pfg. mehr Krankengeld pro Woche abgezogen haben. Die Sache ist zur Anzeige gebracht. — Den gemeinsten Ausdruck gebrauchte Herr Rüth in Hemsbach, indem er zu seinem Leibhunde, als derselbe bei der Pause unter den Arbeitern die Abfälle sammelte, sagte: „Wenn Du betteln willst, so mußt Du am Montag mit denen dort gehen," indem er auf die Steinhauer deutete. — Betreffs der Ausbezahlung des Lohnes leisten sich einige Herren großartiges, und so kam es, daß am verflossenen Donnerstag die Arbeiter der Firma Reimuth ihren Lohn erst durch einen Sühneversuch am Gewerbegericht Heppenheim erhielten. Auch mit der Bezahlung der Invalidenmarken nahmen es die Herren Unternehmer nicht so genau, so daß einige Kollegen, die abreisten, neue Karten bekamen, da die Marken nicht bezahlt sind. — Aber auch bei der hiesigen Einwohnerschaft wollen uns die Herren anschwärzen, doch das gelingt ihnen nicht.

Rückers. Am 9. November fand in Rückers im Gasthof zum Stern eine Steinarbeiterversammlung statt, welche gut besucht war. Da die Vorstandsmitglieder ihre Aemter niederlegten, so wurde als 1. Vorsitzender Kollege Wilhelm Vogel, als 2. Kollege Adolf Broz und als Kassierer Kollege Ernst Reichmann gewählt. Es gab eine lebhafte Debatte über die Uneinigkeit der Kollegen. Es kam auch zur Aussprache über verschiedene Mißstände auf den Werkplätzen. Bedauerlich ist auch, daß es in der Heuscheuer noch viele Kollegen gibt, die einer richtigen Aufklärung sehr bedürftig wären. Hoffentlich geht hier der Zank unter den Kollegen nicht mehr weiter. Niederreißen ist leichter wie Aufbauen. Die alte Vorstandschaft hat ihres Amtes gut gewaltet.

Rundschau.

Das geschwundene Vertrauen. Eine Massenmitgliederflucht hat der christliche Gewerkverein der Bergarbeiter zu verzeichnen. Teilweise treten die Arbeiter zum freien Verbande über, teils bleiben sie unorganisiert. Ferner bringt der „Bergknappe", das Organ des christlichen Gewerkvereins, schon seit dem Monat Juni keine monatlichen Abrechnungen mehr, was ebenfalls sehr tief blicken läßt.

Judasgeld. Ein neues System haben die süddeutschen Textilindustriellen eingeführt, um sich die staatserhaltenden Elemente, die Arbeitswilligen, zu sichern. Sie zahlen ihnen einfach eine — Belohnung für ihre Streikbrecherdienste. In Hof i. B. streiken seit 10 Wochen die Textilarbeiter der Firma Gg. Münch u. Co. um Anerkennung der Organisation. Kürzlich hat sich nun der Verband süddeutscher Textilarbeitgeber mit diesem Streik befaßt und selbstverständlich beschlossen, daß dieser Streik zu Unrecht geführt wird. Gleichzeitig ist in der Sitzung dieser Scharfmacher auch über Gegenmaßnahmen beraten worden, und man ist auf den Köder „Belohnung" verfallen. Jeder der 200 noch arbeitenden Arbeiter hat eine Belohnung von 10 Mark erhalten, wofür diese Arbeiter nun eine „Danksagung" im „Hof-Anzeiger" vom Stapel ließen, in der sie außer dem „herzlichen Dank" auch noch die „Versicherung" abgeben, daß die Belohnung für die Streikbrecher „ein Ansporn ist, auch weiterhin, trotz aller Anfeindungen von seiten der Streikenden, ihre Pflicht zu tun".

Man weiß ja, wie solche Danksagungen zustande kommen Aber immerhin zeigt die Annahme des Judasgeldes den geistigen Tiefstand dieser Arbeiter, die ihre Menschenrechte und Menschenwürde derart mit Füßen treten. Im übrigen können sich die Textilbarone solche Extrabelohnungen für Arbeitswillige leisten Die Arbeiter verdienen sie ihnen ja, denn Dividenden von 20 bis 25 Prozent sind hier an der Tagesordnung.

Submissionen. Bei dem Niederbarnimer Kreisbauamte in Berlin stand die Lieferung von 28 000 Quadratmeter Kleinpflastersteinen und 11 700 Meter Streckensteinen aus Granit oder gleichwertigem Material zur Verdingung. Von den 21 Bewerbern wurde meist schlesisches und sächsisches Material angeboten. Direkte Offerten aus Schlesien kamen von: Dehmel u. Leder, Jauer, den Gräbener Granitwerken Breslau, C. Kulmiz, Oberstreit bei Striegau und F. Rohder, dort. Die Offerten von sächsischem Material stellten sich etwas billiger als die von schlesischem.

Für Lieferung von Granitkleinschlag, ausgeschrieben von der Königlichen Eisenbahndirektion Königsberg, machten schlesische Firmen die zahlenmäßig billigsten Offerten. Bartsch, Striegau, 10 000 Tonnen zu 2.60 Mark, Reiske, Lauban, 40 000 Tonnen zu 2.37 Mark, F. Rohder, Striegau, 40 000 Tonnen, Weiß u. Heidrich, dort, 10 000 Tonnen, die Königswalder Industrie 40 000 Tonnen und C. F. Lehmann, Striegau, 10 000 Tonnen, sämtlich zu 2.50 Mark, die übrigen Angebote aus andern Gegenden stiegen bis 6.70 Mark.

(Die Preisangabe ist natürlich pro Tonne zu verstehen.)

Vorbereitung zu einem neuen christlichen Streikbruch. Die Bergarbeiter der oberbayrischen Kohlengruben in Hausham und Penzberg haben vor kurzem beschlossen, mit Rücksicht auf die enorme Verteuerung aller Lebensbedürfnisse Lohnforderungen zu stellen. Die Direktion hat diese Forderungen rundweg abgelehnt. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist deshalb so erregt, daß es voraussichtlich zum Ausstand kommen wird, wenn die Direktion nicht noch im letzten Moment einlenkt. Bei dieser Gelegenheit zeigt sich nun wieder, daß die christlichen Arbeiterführer — sagen wir milde: Zwiespalt unter die Arbeiterschaft zu tragen suchen.

Am 8. November hat die Vertretung der Arbeiterschaft mit der Direktion verhandelt und bereits am 9. November hat der christliche Gewerkschaftssekretär Hinterseer in einer Versammlung des katholischen Arbeitervereins in Hausham — die christliche Gewerkschaft steht auf sehr schwachen Füßen — die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Gruben der Oberbayrischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau über den Schellenkönig gelobt und erklärt, daß kein Grund zum Streiken vorliegt, und daß die christlichen Arbeiter auf keinen Fall mitstreiken dürfen. Ein anwesender Geistlicher, der Kurat Leb, stimmte in dieses Loblied ein und erklärte, die Hälfte der Leute sei gegen einen Streik. Die Werkdirektion hat natürlich von diesen christlichen Quertreibereien sofort erfahren und das Vertrauen auf die christliche Bereitschaft zum Streikbruch hat sie zweifellos in ihrer brüsk-ablehnenden Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen der Arbeiter bestärkt. Freilich ist es noch nicht unterschrieben, daß die christlichen Arbeiter der von ihrem Führer ausgegebenen Losung, an der nur die Unternehmer ein Wohlgefallen finden, auch folgen werden.

Wenn der christliche Gewerkschaftsbeamte seinen Mitgliedern verbietet, sich am Streik zu beteiligen, so handelt vielleicht auch er mit unter dem Druck einer gewissen Notlage. Man weiß ja, daß der Christliche Bergarbeiterverband dem halb verkrachten Christlichen Hilfsarbeiterverband des Zentrumsabgeordneten Oswald mit einer bedeutenden Summe hat unter die Arme greifen müssen, und da fehlt es ihm vielleicht selbst nun an den Mitteln zur Durchführung einer Lohnbewegung. Und die Haltung des Kuraten Leb wird vielleicht begreiflich, wenn man vernimmt, daß die Oberbayrische Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau 30 000 Mark für einen Kirchenbau gespendet hat.

Im übrigen ist zur Kennzeichnung der Verhältnisse vorläufig nur noch festzustellen, daß die genannte Gesellschaft im Jahre 1909 einen Bruttogewinn von 2 306 000 Mark und einen Reingewinn von 1 416 000 Mk. erzielt und 14 Prozent Dividende bezahlt hat.

Literarisches.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung von Karl Legien. Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H. Preis geheftet 60 Pfg. Agitationsausgabe 25 Pfg.

Bei der täglich steigenden Bedeutung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist eine orientierende Schrift aus der Feder ihres Führers von besonderem Wert. Diese Neuerscheinung ist daher von jedem zu begrüßen, der für die Triebkräfte der sozialen Entwicklung überhaupt Verständnis hat. Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gibt in dieser Schrift einen Ueberblick über die Geschichte, die Tendenz, die innere Einrichtung, die Stärke und Leistungsfähigkeit und die Taktik der deutschen Gewerkschaften.

Die Schrift Legiens bildet eine wertvolle Bereicherung der gewerkschaftlichen Literatur. Sie ist nicht nur jedem unentbehrlich, der sich mit der Gewerkschaftsbewegung beschäftigt, sondern sollte von jedem gelesen werden, der ein mehr als oberflächliches Interesse für soziale Neubildungen hat. Bei dem niedrigen Preis kann die Anschaffung dieser Schrift jedem empfohlen werden.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 7. bis mit 12. November 1910.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Miltenberg, B. 42.—, E. 5.—. Marktleuthen (P.), 3.—. Pforzheim, B. 40.—. Weißenstadt, B. 265.—, E. 7.50. Kirchheim, B. 584.50. Ziegelanger, B. 126.—, E. 5.—, K. 10.—. Frankfurt a. M., B. 361.—. Frankfurt a. O., B. 78.50, E. 1.—, K. 1.50, M. 7.—. Fürstenstein, B. 34.—. Hildesheim, Ins. 2.—. Unterzell, B. 1.—. Friedenfels, B. 0.80. Laage, B. 4.90. Meldorf, B. 3.—. Uelzen, B. 2.40. Oebisfelde, B. 1.50. Stralsund, B. 4.70. Hedwigsburg, B. 2.20. Penzig, B. 2.10. Bonn, B. 52.—, K. 2.70. Demitz, B. 656.—, E. 15.—, K. 10.—. Frickenhausen, B. 89.50, E. 10.50. Jena, B. 75.—, K. 2.50. Mittweida, B. 255.—. Otterholz, B. 432.—, E. 12.50, K. 10.—, M. 4.—. Strehlen, B. 494.56, E. 3.50, K. 5.60. Selb, B. 308.75. Oldenburg, B. 100.—, M. 2.80. Osnabrück, B. 142.—, M. 6.20. Königshain, B. 78.—. Groß-Heubach, B. 8.84, E. 17.—. Kolmar, B. 65.65, K. 0.55, M. 2.80. Becke, B. 160.—, K. 10.—. Meißen, Ins. 1.25. Lübbecke, B. 14.—. Kempten, B. 9.—. Jever, B. 4.80. Marne, B. 3.—. Rothenburg, B. 1.90. Breslau, B. 300.—, M. 16.—. Hasserode, B. 92.—, K. 10.—. Hauzenberg, B. 214.04, E. 32.—, K. 0.20, M. 3.—. Rinchnach, B. 4.32, E. 0.50, K. 0.50. Hof, B. 68.—, E. 29.—. Gera, Ins. 1.40. Dezeln, B. 44.60. Minden, B. 18.—.

Berichtigung: In der Quittung des „Steinarbeiters" Nr. 44 muß es statt Höchst a. M. heißen: **Höchst i. Odenw.**, B. 54.60, E. 0.50, K. 0.30, M. 1.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Braunschweig. Der ehemalige Vorsitzende M. Heß ist abgereist, ohne sich abzumelden. **Die Ortsverwaltung.**

Bensheim. Der Steinmetz Christian Stumpf wurde aus dem Verbande ausgeschlossen.

Pilgramsreuth. Der Steinmetz Nikolaus Puchta wurde aus dem Verbande ausgeschlossen. Die Ortsverwaltung.

Görlitz. Arbeitsuchende Kollegen sollen sich hier zuerst an den Vertrauensmann wenden.

J. A.: F. Spantig, Luisenstraße 8.

Neue Zahlstellen.

Eichenbühl (11. Gau). Vors.: Hermann Leichtenschlag. Kass.: Heinrich Kretschmer.

Groß-Heubach (11. Gau). Vors.: Pius Repp. Kass.: Karl Dauber.

Briefkasten.

Crailsheim. Wir müssen die Bekanntmachung über St. ablehnen. Warum? nun das hat im „Steinarbeiter" schon öfters gestanden. — **M. in Elsdorf.** Die Publikation lautet: Dr. Tille, Die Berufsstandspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes. Verlag von Rosenbaum & Hart, Berlin. Jede Parteibuchhandlung kann das Werk besorgen. Das Bild ist ja großartig. Viele Grüße! — **A. H. 68, Oesterreich.** Kostenpunkt 1.20 Mk. — **D., Ziegelanger.** Ist gründlichst besorgt worden, wie Du mittlerweile gesehen hast. — **eres.** Wird in nächster Nummer berücksichtigt. Der Erfolg in K. war ja sehr schön. Von der Schlußbemerkung schmunzelnd Kenntnis genommen. Viele Grüße! — **Speyer.** Die zwei Versammlungen waren miserabel besucht; sollen wir da noch extra den Bericht abdrucken! — **H. S.** Wende Dich doch an einen Parteisekretär, von hier aus werden die Kosten zu groß. Bei uns ist entscheidend: ist der erzielte Nutzen mit den verursachten Kosten in Einklang zu bringen. — **Lem Storvik in Schweden.** Wir haben das Nötige übersandt. Lasse Dir den Katalog senden. Viele Grüße! — **Dresden.** War uns sehr willkommen. Dank für die Uebersendung. — **Königsbrück.** Zum angegebenen Termin unmöglich. — **L., Wien.** Die humorvolle Zuschrift hat uns sehr angenehm berührt. Besten Gruß!

Lechner I, Köln. Die Nummer 45 vom „Steinarbeiter", welche über die famose Geschäftsführung des „Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes" den Schleier lüftet, ist leider, trotz erhöhter Auflage, völlig vergriffen. Sie, Herr Lechner, bestellen nun 100 Exemplare und wollen dafür fünf deutsche Reichsmärker einsenden, sogar per Nachnahme. Das ist ja großartig. — Uns freut Ihre — Zahlungsfähigkeit; überdies würden wir für **100** Nummern Ihres Verbandsorgans keine fünf Pfennige ausgeben. — Vorläufi pfüat enk Gott —, hoffentli wird Ehna nöt schlecht in den nächsten Wochen. Grüßen's ebenfalls Ihren „Leidensgenossen", den Herrn Redakteur Fromm!

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Muschelkalksteinarbeiter Unterfrankens!

Die **Bezirks-Konferenz** findet am **Sonntag, den 20. November,** vormittags 9½ Uhr, in **Würzburg,** im **Gasthof z. goldnen Hahn,** Marktgasse, nicht im „Ochsen" statt.

Bezirksversammlungen für das Muschelkalksteingebiet finden an folgenden Tagen statt:

Sonntag, den 20. November, nachmittags 3 Uhr, in **Heidingsfeld,** für die Orte: **Würzburg, Heidingsfeld, Randersacker, Grünsfeld, Kirchheim** und **Kleinrinderfeld.**

Montag, den 21. November, abends 5½ Uhr, in **Winterhausen,** für die Orte: **Rottenbauer, Eibelstadt, Winterhausen, Sommerhausen** und **Goßmannsdorf.**

Dienstag, den 22. November, abends 5 Uhr, in **Marktbreit,** für die Orte: **Marktbreit, Ochsenfurt, Frickenhausen, Segnitz** und **Oberbreit.**

Tagesordnung für alle Versammlungen:

1. **Die Wirkungen des Tarifs.** Ref.: Kollege **Lohse-Würzburg.**
2. **Die Verschmelzung der Zahlstellen.** Ref.: **A. Staudinger.**

Die Versammlungslokale werden durch Handzettel bekanntgegeben. — Kein Kollege darf in der Versammlung fehlen.

Die Bezirksleitung.

Der Unterricht an Fachschulen

ist sorgfältigst nachgeahmt in den Selbstunterrichtswerken System Karnack-Hachfeld: **Steinmetzmeister, Strassenbautechniker, Polier, Bauteehniker.** Glänzende Erfolge. Dankschreiben. Ansichtssendungen. Kleine Teilzahlungen.

Bonness & Hachfeld Potsdam-W.18.

Schürzen Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Chlormagnesium, Chlormagnesium-Lauge, la Euböa-Magnesit

kaustisch gebrannt und ff. gemahlen, zu beziehen durch die

Stassfurter Chemische Fabrik
vorm. Forster & Grünberg, A.-G.

Gera-Debschwitz. Ich ersuche um Angabe der Adressen der Steinmetzen Albin Schlegel und Hermann Chemnitz. Beide haben hier im Mai und Juni d. J. gearbeitet. Es handelt sich um eine Zeugenvernehmung.

Otto Eiermann, Wiesestraße 75.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Dresden** am 11. November der Kollege **Friedrich Ernst Lindner,** 44 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Glatz** am 6. November der Kollege **Paul Klohs,** 25 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter".

Nr. 47. Sonnabend, den 19. November 1910. 14. Jahrgang.

Zentrum und Arbeiterorganisationen.

I.

Entwicklung der christlichen Gewerkschaften.

Katholische Gesellenvereine gibt es schon seit 1848, doch erfolgte die Gründung eigentlicher christlicher Gewerkschaften erst in der Mitte der neunziger Jahre, als der Aufschwung der freien Gewerkschaften die Zulassung ähnlicher Organisationen für die katholischen Arbeiter den Führern des Zentrums geraten erscheinen ließ.

Am 1. Mai 1894 wurde der „Verband deutscher **Eisenbahnhandwerker** und Arbeiter" in Trier gegründet, am 26. August 1894 der **Gewerkverein christlicher Bergarbeiter.**

Schon in den ersten Jahren entstand der Streit über die Frage, ob die christlichen Gewerkschaften **konfessionell** oder **interkonfessionell** organisiert sein sollten. Verleger **Immelen** und Redakteur **Arens** waren Wortführer der Lokalorganisation und des Anschlusses an die **Zentrumspartei**, während der Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, **Brust**, und der Kaplan **Hitzdörfer** interkonfessionelle Gewerkschaften anstrebten.

Auf dem vom 21. bis 23. Mai 1899 in **Mainz** abgehaltenen

ersten Kongreß

der christlichen Gewerkschaften wurde beschlossen, daß diese Organisationen die Mitglieder **beider Konfessionen** umfassen und sich keiner bestimmten politischen Partei anschließen sollten.

In den hier beschlossenen **Leitsätzen** heißt es?

„Es ist nicht zu vergessen, daß Arbeiter und Unternehmer **gemeinsame Interessen** haben, darauf beruhend, daß beide Teile nicht allein als zusammengehörende Faktoren der Arbeit der letzteren Recht auf angemessene Entlohnung gegenüber dem Kapital, sondern vor allem die Interessen der Erzeugung von Gütern gegenüber dem Verbrauche derselben zu vertreten haben. Beide Teile beanspruchen mit Recht eine größtmögliche Verzinsung ihres in der Erzeugung von Gütern enthaltenen Kapitals: der Unternehmer seines Kapitals und der Arbeiter seiner Arbeitskraft. Ohne beides, Kapital und Arbeitskraft, keine Produktion. Darum soll die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften vom **versöhnlichen Geiste** durchweht und getragen sein. Die Forderungen müssen **maßvoll** sein, aber fest und entschieden vertreten werden. Der **Ausstand** darf aber nur als **letztes Mittel** und wenn Erfolg verheißend, angewandt werden."

Auf dem ersten Kongreß vertraten 19 norddeutsche Delegierte 55 661 Mitglieder; die Zahl der von den 18 süddeutschen Delegierten vertretenen Mitglieder wurde nicht angegeben.

Am 3. Juni 1900 tagte in **Frankfurt a. M.** der

zweite Kongreß

der christlichen Gewerkschaften. Vertreten waren 33 Gewerkschaften mit 84 129 Mitgliedern; 15 andere mit 68 486 Mitgliedern hatten schriftlich ihre Zustimmung erklärt.

Hier klagten die Delegierten darüber, daß trotz der betonten Versöhnlichkeit und Mäßigung die christlichen Gewerkschaften von den **Unternehmern** nicht weniger **schroff** behandelt würden als die freien.

Sehr umstritten war die **Neutralitätsfrage**; die Mehrheit vertrat den Standpunkt, daß „**christlich**" nur so viel zu bedeuten habe wie **nichtsozialdemokratisch**; ein Beschluß über diese von der M.-Gladbacher Richtung vertretene Anschauung wurde nicht gefaßt.

Diese Haltung in der Neutralitätsfrage veranlaßte das **preußische Gesamtepiskopat**, am 22. August 1900 ein Hirtenschreiben zu erlassen, das als das

Fuldaer Pastorale

bezeichnet wird.

Hierin heißt es:

„In der Entwicklung der katholischen Arbeitervereine hat sich wie überall in der arbeitenden Klasse das Bedürfnis zur Bildung von **Fachabteilungen** geltend gemacht. In ihnen schließen sich Arbeiter desselben Berufs zusammen, um ihre besonderen Interessen zu schützen und zu verfolgen. Sie wollen durch geeignete Veranstaltungen die Fachbildung fördern und die ihnen gemeinsamen fachberuflichen Angelegenheiten beraten. Sie stellen daher innerhalb des Vereins eine **gewerkschaftliche Genossenschaft** dar, unter deren besonderen Bestrebungen indes die gemeinsamen Vereinsinteressen nicht leiden müssen und die deshalb ihre Zugehörigkeit zu dem Vereine durchaus nicht aufzugeben brauchen.

Wir **billigen** diesen Zug der heutigen Arbeiterbewegung vollständig und halten diese Bestrebungen für ganz gerechtfertigt und den Interessen des Arbeiterstandes entsprechend. Mögen diese Genossenschaften überall sich bilden, wo die Verhältnisse es als zweckmäßig erscheinen lassen, und mögen sie von Euch, ehrwürdige Mitbrüder, eifrig unterstützt werden. Kann es doch nur wünschenswert sein, wenn diese Fachabteilungen innerhalb der Vereine sich kräftig entwickeln, um ein **starkes Gegengewicht gegen jene gewerkschaftlichen Vereine** zu bilden, die unter **antichristlicher** Leitung stehen, und um die Arbeiterbewegung durch das Gewicht gesunder Prinzipien vor einem **Hinabgleiten auf verhängnisvolle Bahnen** zu bewahren. Wir bitten daher die Leiter der Arbeitervereine, auf diese wichtige Angelegenheit ihre **besondere** Aufmerksamkeit zu richten und tüchtige Vereinsmitglieder für die Leitungen dieser Fachabteilungen auszuwählen. Freilich erwachsen dadurch den Vereinsleitern neue Mühen und neue Verantwortlichkeit; aber sie werden die Vereine dadurch vor **großen Gefahren** schützen und ihre soziale Bedeutung und Wirksamkeit wesentlich heben und kräftigen. Diese **Fachabteilungen in den Arbeitervereinen** werden in ihrer allgemeinen Verbreitung zugleich den Beweis liefern, **daß es keiner religiös-neutralen Neuschöpfungen bedarf**, um die materiellen Interessen der christlichen Arbeiterschaft zu verteidigen und zu fördern, sondern daß die **katholischen Arbeitervereine befähigt** und stark genug sind, neben der geistigen Wohlfahrt auch die materiellen Standesinteressen ihrer Mitglieder zu vertreten.

Die Arbeitervereine sollen auch bestrebt sein, durch zweckmäßige **Wohlfahrtseinrichtungen** ihren Mitgliedern **materielle Vorteile** zuzuwenden, wie zu unsrer Freude auch geschieht. Es sind **Sparkassen** eingerichtet, aus denen Zuschüsse zu den Krankenkassengeldern, Beihilfen in Todesfällen und Unterstützungen in außerordentlichen Notfällen gewährt werden.

Diese Einrichtungen sind sorgfältig zu pflegen und weiter fortzubilden."

Am 11. Oktober 1910 erklärte

Erzbischof Noerber

in Freiburg i. Br., bei den christlichen Gewerkschaften sei das Wort christlich nur **leerer Schall** und ein **bloßes Aushängeschild**; die Bewegung würde lediglich der **Sozialdemokratie zugute kommen.**

Gegen diese Anschauung legte die auf dem Frankfurter Kongreß eingesetzte Gewerkschaftskommission **Verwahrung** ein.

Nachdem auch einzelne Bischöfe sich in einem den christlichen Gewerkschaften **freundlichen** Sinne geäußert hatten, erklärte das Fuldaer Amtsblatt, daß das Pastorale **nicht öffentlich zu verlesen** sei.

Der

dritte Kongreß

der christlichen Gewerkschaften wurde am 26. Mai 1901 in **Krefeld** eröffnet. Hier wurde das Statut eines **Gesamtverbandes** christlicher Gewerkschaften angenommen und ein **Ausschuß** zur einheitlichen Leitung eingesetzt.

Die Mitgliederzahl aller 35 christlichen Gewerkschaften war auf 164 872 gestiegen; dem **Gesamtverbande** waren jedoch nur 23 Gewerkschaften mit 83 571 Mitgliedern angeschlossen.

Auf dem

vierten Kongreß,

der am 29. Juni 1902 in **München** abgehalten wurde, teilte man mit, daß 175 079 Arbeiter christlich organisiert seien; 84 667 gehörten dem Gesamtverbande an.

Man forderte hier in einer **Resolution** die Schaffung von **Berufsorganisationen der ländlichen Arbeiter** und Aufhebung der bestehenden **Koalitionsverbote.** Auch beschloß man die Begünstigung der **Konsumvereine.**

Seit dem 1. Juni 1901 erscheint in den „Mitteilungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften", das später den Titel

„Zentralblatt

der christlichen Gewerkschaften" erhielt, ein Zentralorgan des Gesamtverbandes. Am 1. Januar 1903 wurde in Köln ein

Generalsekretariat

eingerichtet; am 1. April 1904 trat das Zentralbureau für

Arbeitervertretung

beim Reichsversicherungsamt ins Leben.

Am 17. Juni 1904 wurde in Essen der

fünfte Kongreß

abgehalten. Der **Gesamtorganisation waren 100 053** Mitglieder in 22 Verbänden **angeschlossen.** Man verhandelte in Essen über **Arbeitslosenversicherung, Heimarbeit** und **obligatorische Arbeiterausschüsse** und protestierte gegen den preußischen Gesetzentwurf betr. den **Kontraktbruch** ländlicher Arbeiter.

Der

sechste Kongreß

tagte vom 22. bis 25. Mai 1906 in **Breslau.** Die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes betrug 188 106. Man legte die Aufgaben der Ortskartelle fest, empfahl die Organisation der **Arbeiterinnen** unter Mitwirkung der **konfessionellen Arbeitervereine** und nahm gegen den Mißbrauch **geistiger Getränke** Stellung.

Im **Geschäftsbericht** der christlichen Gewerkschaften 1906 heißt es über die **prinzipielle** Stellung:

„Die christlichen Gewerkschaften sind eine selbständige Gruppe von Lohnarbeitern, die die Grundlage der **bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung** als zweckmäßig und notwendig anerkennen, aber fordern, daß ihrem Stande ein größerer Einfluß auf die Gestaltung dieser gesellschaftlichen Ordnung eingeräumt werde. Sie verlangen deshalb unter **Ablehnung des patriarchalischen Systems** im Produktionsprozeß Mitbestimmung der Arbeiter bei Abschluß des Arbeitsvertrages, d. h. ein **konstitutionelles Betriebssystem.** Sie lehnen die **Klassenkämpfe** und den **Klassenhaß** ab wegen ihres lähmenden Einflusses auf die Arbeits- und Berufsfreudigkeit und verwerfen eine extreme Scheidung der Lohnarbeiterklasse von den andern Volksschichten, sowohl im **vaterländischen** Interesse wie im Interesse der Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft, aber sie wollen sich **nicht** bei **vernunftgemäß** eingeleiteten und geführten Kämpfen der **sozialdemokratischen Organisation gegen diese gebrauchen lassen.** Ebensowenig wollen sie die Arbeiter zur stillen Duldung erziehen."

Die Gründung **„vaterländischer Arbeitervereine"** bekämpfte der Geschäftsbericht; ferner bestritt er, daß in den christlichen Gewerkschaften der **ultramontane Einfluß** überwiege.

Am 18. Juli 1909 wurde in **Köln** der

siebente Kongreß

abgehalten, auf dem 275 000 Arbeiter vertreten waren. Die Erregung unter den christlichen Arbeitern über die Stellung der Christlichen Abgeordneten zur **Reichsfinanzreform** führte dazu, daß das Thema: „Verhältnis der unsern Kreisen entstammenden Arbeiterabgeordneten zu unsrer Gewerkschaftsbewegung" auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Der Referent **Stegerwald** forderte, daß die Fraktionen ihren Arbeitermitgliedern in solchen Fällen die Freiheit einer selbständigen Stellung lassen müßten; ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Unter anderm nahm der Kongreß zu dem Entwurf der **Reichsversicherungsordnung Stellung**; auch erörterte man ohne Resultat das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur **christlich-nationalen Arbeiterbewegung.**

* * *

Entwicklung der katholischen Arbeitervereine.

Am 28. Februar 1897 erweiterte sich der am 12. Januar 1896 gegründete **Verband der katholischen Arbeitervereine Berlins** und der Delegatur de raus 11 Einzelverbänden bestand, zu dem **Verbande katholischer Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands.** Auf dem sechsten Verbandstage, der Pfingsten 1903 abgehalten wurde, nahm er den Namen **„Verband der katholischen Arbeitervereine** (Sitz Berlin)" an.

In dieser Organisation vertraten die Führer **v. Savigny**, Lizentiat **Fournelle** und der jetzige Reichstagsabgeordnete **Fleischer** die Anschauung, daß die am 15. Mai 1891 erlassene **Enzyklika** Rerum novarum (Von neuen Erscheinungen) **die Bildung interkonfessioneller Gewerkschaften verbiete** und zur Verfolgung wirtschaftlicher Interessen nur die Bildung von

Fachabteilungen

innerhalb der katholischen Arbeitervereine gestatte.

In einer Broschüre: „Arbeitervereine und Gewerkschaftsorganisationen im Lichte der Enzyklika Rerum novarum" setzte v. Savigny 1900 auseinander, daß Streiks um so mehr zu verwerfen seien, als sie zur Entfesselung der **Leidenschaften** führten; Arbeitsstreitigkeiten müßten durch staatliche Organe geschlichtet werden. Auch müsse die **kirchliche Autorität** ihren Einfluß auf die Arbeitervereine bewahren. Durch die Beschäftigung mit wirtschaftlichen Angelegenheiten ohne Rücksicht auf **Religion** und **Sittlichkeit** würde der Geist des **Materialismus** großgezogen.

Während auf dem **vierten** Delegiertentage Pfingsten 1901 noch die **interkonfessionelle** Richtung siegte, beschloß der **fünfte** Delegiertentag am 19. Mai 1902 mit 262 gegen 67 Stimmen zugunsten der **konfessionellen Richtung.** Der Konfessionalismus siegte auch 1903 und 1904; am 31. Dezember 1905 traten darauf 7500 Mitglieder aus dem Verbande aus.

Der 10. Delegiertentag am 22. Mai 1907 war mit einer „Kombinierten **Generalversammlung** der beruflichen **Fachabteilungen**" verbunden. Man beschloß, daß **alle Mitglieder** der katholischen Arbeitervereine zugleich Mitglieder der für sie bestimmten Fachabteilung sein sollten.

In den hier beschlossenen Satzungen heißt es:

„Der Fachabteilung der Bezirksgruppe sowie der Verbandsgruppe steht ein **geistlicher Beirat** (Vereins-, Bezirkspräses, Generalsekretär) zur Seite. Dieser kann, wenn er es vom Stand-

Das Stammland der Eisentechnik.

Die Ansichten über die Heimat der Eisentechnik der Kulturvölker waren bislang geteilt; die Mehrzahl der Gelehrten nahm, gestützt auf vorderasiatische Ueberlieferungen und mesopotamische Ausgrabungen an, daß man zuerst in den erzreichen Gegenden südlich des Kaspischen Meeres die Kenntnis, Eisen auszuschmelzen und zu bearbeiten, erlangte. Diese Meinung scheint durch die Ausführungen des bekannten Ethnologen Professor v. Luscha, die nach einem Referat in der „Berliner Anthropologischen Gesellschaft" in der „Zeitschrift für Ethnologie" wiedergegeben sind, bedeutend erschüttert worden zu sein. Nach Luscha haben wir Afrika als Stammland unsrer Eisentechnik zu betrachten, und zwar die an vorzüglichem Eisenerz so reichen Gegenden in der Nachbarschaft der großen Seen, bis wohin nachgewiesenermaßen die Handels- und Kulturbeziehungen der alten Aegypter reichten; verschiedene Funde und Abbildungen auf ägyptischen Bauwerken lassen darauf schließen, daß in Aegypten bereits vor dem ersten vorchristlichen Jahrtausend das Eisen bekannt war und technische Verwendung fand. In Vorderasien, in Assyrien und Babylonien treffen wir Eisen nicht vor 1000 v. Chr.; die berühmten, in dem Königspalast von Khorsabad aufgefundenen Eisenluppen datieren erst aus dem Jahre 700 v. Chr. Afrika, das seither in der Kulturgeschichte als verkanntes Aschenputtel zur Seite stehen mußte, hätte also auch erheblichen Anteil an der Entwicklung der Kultur genommen und wäre Europa gegenüber nicht allein der ausschließlich empfangende, sondern auch befruchtende Teil.

Zum Beweise für seine sehr überzeugend vorgetragene Ansicht gibt Luscha ein anschauliches Bild der heute in Afrika noch auf dieselbe primitive Art wie in der Vorzeit geübten Eisentechnik, indem er besonders auf die zur Eisenbearbeitung notwendigen Gebläseeinrichtungen und die der Eisengewinnung dienenden Ofenanlagen eingeht. In Gebrauch sind bei den Negern heute vier voneinander ganz verschiedene Gebläsetypen, das Schalen-, Schlauch-, Pumpen- und Balgengebläse, die alle im hiesigen Museum für Völkerkunde vertreten sind. Daneben finden sich hier und da auch noch die primitivste Art, das Schmiedefeuer mit einem Fächer oder einem Flederwisch anzufachen.

Die in Afrika sicherlich überall bodenständige Art ist das Schalengebläse. Eine entsprechend vergrößerte Tabakstonpfeife, deren Kopf mit einem Fell oder dergleichen überzogen ist, gibt wohl das anschaulichste Bild davon. In ungefähr dieser Form werden aus Holz, in einigen Gegenden auch aus Ton, große Gefäße hergestellt, an denen sich unten eine Oeffnung befindet, in dieser ist eine eiserne Röhre befestigt, die mit ihrem andern Ende in das Feuer hineinragt. Der Deckel des Gefäßes ist mit Fell oder einem Geflecht überzogen, das an der oberen Seite mit irgendeinem Handgriff versehen ist. Wird mit dessen Hilfe das Fell in die Höhe gezogen, so tritt durch die undichten Stellen Luft in das Gefäß, die dann beim raschen Hinunterdrücken des Felles zum größten Teile durch die Röhre in das Feuer hineingepreßt wird. Sind, wie es meistens der Fall ist, zwei solcher Apparate vorhanden, so kann durch rhythmisch abwechselndes Inbewegungsetzen ein kontinuierlicher Luftstrom erzeugt werden. Solche Schalengebläse treten uns bereits auf Wandmalereien in ägyptischen Gräbern aus dem zweiten vorchristlichen Jahrtausend entgegen, zum Beispiel in dem berühmten Grabe des Rekhmara, wo sie allerdings noch nicht in der Eisentechnik, sondern beim Guß großer Tempeltüren Verwendung finden.

Das Schlauchgebläse veranschaulichen wir uns am besten durch eine der bekannten schmalen, dafür um so längeren Marktaschen aus Wachstuch. Es besteht aus einer Tierhaut, meist von einem Schaf oder einer Gazelle, deren Oeffnungen alle vernäht sind, nur in dem einen Hinterbein ist eine Eisenröhre befestigt, und die Halsöffnung kann durch eine Art Bügel auseinandergespreizt und geschlossen werden. Wird bei geöffnetem Bügel der Schlauch hochgehoben, so füllt er sich mit Luft, worauf durch Schließen der Oeffnung und Zusammenpressen des Schlauches die eingesperrte Luft durch die Röhre in das Feuer entweicht. Diese Gebläsevorrichtung wird in Afrika nur in einigen, der Ostküste nahen Gebieten ausschließlich angewandt und ist offenbar importiert. Das beweist auch ihr Vorkommen in Indien und Indonesien. In der indischen Abteilung des Museums für Völkerkunde ist zum Beispiel das Wachsmodell eines indischen Schmiedes ausgestellt, der außer einer Zange ein solch primitives Gebläse trägt.

Ebenfalls nicht afrikanischen Ursprungs ist das Pumpengebläse, das über den ganzen indischen Archipel, von den Philippinen und Hinterindien bis Madagaskar verbreitet ist, aber auch in Innerafrika angetroffen wird. Es ist im Prinzip eine ganz primitive Doppeldruckpumpe, aus zwei zylindrischen, meist Bambusröhren bestehend, die oft mehr als mannshoch sind und in denen mit Vogelfedern, Baumwollenfetzen und dergleichen gedichtete Kolbenscheiben an langen Stangen auf und ab bewegt werden und die Luft durch eine am Fußende eingesetzte Eisenröhre ins Feuer hineintreiben.

Verhältnismäßig jungen Ursprungs und sicher unter europäischem Einfluß entstanden ist das Balgengebläse, das eine sinnreiche Kombination des obengenannten Schalengebläses mit unserm Blasebalg darstellt, indem auf die Schalen ein durch Holzreifen in Spreize gehaltener Balg aufgesetzt und so das Luftfassungsvermögen derselben erheblich vergrößert wurde.

Die Einrichtungen zur Eisengewinnung sind entsprechend dem Reichtum an leicht ausschmelzbaren Eisenerzen vielfach noch äußerst primitiv und bestehen in weiter nichts als einer vertieften Grube oder einem einfachen Herde, hier und da mit einer Gebläsevorrichtung. Wo aber ein gesteigerter Bedarf an eisernen Werkzeugen sich geltend machte oder die abbaufähigen Erze seltener wurden, da mußte man bald zur technischen Vervollkommnung der einfachen Verfahren schreiten. So bildeten sich in den einzelnen Gegenden verschiedene Hochofentypen heraus. Die Dyurs gewinnen ihr Eisen in einem aus Ton errichteten, zirka 1¼ Meter hohen Ofen, der ungefähr die Form eines Rheinweinkelches hat, indem der hohle Fuß mit dem obern Teil durch eine Oeffnung in Verbindung steht. Der untere Teil des Ofens wird mit Holzkohle gefüllt, der obere mit den zu Wallnußgröße zerklopften Eisenerzen. Die durch am Fuß angebrachte Zuglöcher verstärkte Glut dringt durch den engen Verbindungskanal nach oben und schmilzt dort das Eisen aus, das sich dann am Boden ansammelt. Komplizierter ist schon der glockenförmige Ofen der Bongo, der im Innern drei Hohlräume enthält, die durch Kanäle miteinander in Verbindung stehen; im mittelsten befindet sich das Erz mit Holzkohle gemischt, in dem oberen und unteren ausschließlich Holzkohle; den nötigen Zug liefern eine Anzahl von Gebläsen.

Wohl am bedeutendsten ist die eingeborene Eisentechnik in der deutschen Kolonie Togo, wo allein in dem erzreichen Gebiet von Basari über 500 Hochöfen in Gebrauch sind, die den Bedarf

punkte der **Religion** und der **Moral** für nötig findet, eingreifen oder eine Stellungnahme einer höheren Instanz überlassen. Bei **Beanstandung** eines Beschlusses sind sowohl der geistliche Beirat als auch die Fachabteilung, die Bezirksgruppe oder die Verbandsgruppe berechtigt, sich an die nächsthöhere Instanz zu wenden. Während der Berufung kann der beanstandete Beschluß nicht in Kraft treten. Die Entscheidung der Zentralkommission ist definitiv nach Maßgabe der Satzungen des Verbandes der katholischen Arbeitervereine."

Wenn auch der

Streik

nicht direkt verworfen wurde, so machte ihn doch eine im „Arbeiter" Nr. 18 vom 15. Mai 1907 abgedruckte Bekanntmachung der Zentralkommission über das „Verhalten bei Lohnbewegungen" praktisch unmöglich.

Es wurden in diesem Verbandsorgan der katholischen Arbeitervereine folgende Vorschriften gegeben:

„1. Es darf in keine Lohnbewegung eingetreten werden, fevor nicht dazu das Einverständnis des Gewerkschaftsvorstandes oder der Zentralkommission eingeholt ist. 2. Die Absicht, in eine Lohnbewegung einzutreten, ist dem Vorstande **mehrere Monate** vorher mitzuteilen. 3. Während dieses Zeitraumes ist sorgfältig **Tatsachenmaterial** zu sammeln. 4. Es ist alles zu **vermeiden**, was als ein **Ausdruck gehässiger Gesinnung** gegenüber den Arbeitgebern gedeutet werden könnte. 5. Bestehen am Orte **gegnerische** Organisationen, so sind **keine gemeinsamen Versammlungen** abzuhalten, aber es ist eine Verständigung herbeizuführen nach Art der Ausschüsse der Arbeitervertreterwahlen."

Die Christlichen und die Fachabteiler bekämpfen sich bekanntlich mit Entschiedenheit. Beide Richtungen stützen sich auf

bischöfliche Autoritäten.

Erzbischof **Fischer** in Köln begünstigt die **christlichen Gewerkschaften**, während Bischof **Korum** in Trier und Fürstbischof **Kopp** in Breslau die Interkonfessionellen auf keinen Fall gelten lassen wollen und den katholischen Fachabteilungen das Wort reden. Ein Beschluß der Bischofskonferenz vom 19. August 1904 wünschte ein **friedliches** Verhältnis, und eine Veröffentlichung in dem Organ des päpstlichen Stuhls, dem „Osservatore Romano" (Römischer Beobachter) vom 23. Januar 1909 erklärte, daß der **Papst beiden Richtungen** mit gleichem **Wohlwollen** gegenüberstehe. Die **katholische Organisation sei freilich das Ideal**, aber wo sie nicht möglich sei, könnten auch christliche Gewerkschaften sich bilden, sofern die Mitglieder sich den **Bischöfen unterordneten**. Es gab 1899 64 katholische Arbeitervereine mit 11 345 Mitgliedern. Im Jahre 1903 waren es 336 Vereine mit 45 453 Mitgliedern; 1906 740 Vereine mit 99 233 Mitgliedern; für 1909 wurden 1133 Vereine mit 130 000 Mitgliedern angegeben.

Der Niedergang der Elbsandsteinindustrie.

Die Zeitschrift „Die Bauwelt" schreibt:

Die Naturschönheiten der Sächsischen Schweiz locken jährlich ungezählte Tausende von Touristen und Sommerfrischlern in die herrliche Gegend und tragen dazu bei, den Wohlstand der Bewohner zu heben. Das Gestein selbst aber, an dem sich das Auge des Wanderers erfreut, war von jeher ein gern gesehener Artikel auf dem deutschen Baumarkt. Die Elbsandsteinindustrie, die sich im gleichnamigen Gebirge in der Hauptsache von Pirna bis Herrnskretschen, kurz vor Tetschen, befindet, ist weit außerhalb der sächsischen Grenzen berühmt geworden. Bruch reiht sich dort an Bruch und auf sehr bequeme Weise war der Sandstein zu gewinnen. Dicht an der Elbe türmen sich die Felsen auf und es kostet wenig Mühe, die losgelösten und bearbeiteten Werkstücke auf dem Wasserwege weiter zu transportieren. Und man baute auch zumeist nur am Elbufer ab; drinnen in der Felsenszenerie des Schrammsteingebiets und andern großen Sandsteinzentren verzichtete man darauf. Auf lange Jahre noch war hier das Material in ausgiebiger Weise vorhanden. Doch die früheren Zeiten haben sich geändert, die Elbsandsteinindustrie, dieser einträgliche Erwerbszweig Tausender, ist in rapidem Niedergang begriffen.

Nach dem Statistischen Lehrbuch für das Königreich Sachsen 1910, das in diesem Jahre eine beachtenswerte Zusammenstellung über den Steinbruchbetrieb in der Amtshauptmannschaft Pirna enthält, gestaltete sich der Niedergang dieser Industrie in den letzten zehn Jahren wie folgt:

Jahr	Zahl der Brüche	Bruchinhaber	Bruchmeister	Steinbrecher	Räumer männl.	Räumer weibl.	Beschäft. Personen überhaupt	Verwendete Pferde
1899	306	41	141	1516	1502	176	3867	57
1909	184	7	74	504	598	8	1354	16

Die mitgeteilten Zahlen zeigen sehr deutlich den außerordentlichen Rückgang der Elbsandsteinindustrie in einem so kurzen Zeitraum. Die Blütezeit derselben begann vor zwanzig Jahren, ungefähr mit dem Jahre 1888, und hielt etwas über ein volles Jahrzehnt an. Kleine Schwankungen machten sich ja auch in der Blütezeit geltend, aber die waren nur unbedeutend. Seit 1899 aber weist jedes Jahr eine schwächere Ziffer der Brüche und des beschäftigten Personals auf.

Der Grund dieser bedauerlichen Erscheinung ist der gleiche wie beim Niedergang der Tonsteinindustrie, über welche Tatsache gelegentlich der Bauindustrieausstellung lebhafte Klagen erhoben wurden: das immer mehr sich vordrängende künstliche Baumaterial. Die Eisenbetonindustrie und besonders die Anfertigung der Ornamente aus Gußbeton sind es, die den echten und teureren (?) Sandstein überflüssig machen. Nach Schätzungen von Fachleuten sind heute in der deutschen Betonindustrie 100 000 Arbeiter tätig und diese gewaltige Zahl, in der die reine Zementindustrie durchaus nicht inbegriffen ist, hat sich im Laufe des letzten Jahrzehnts entwickelt. Dieser fast beispiellose Aufschwung mußte ungünstig auf den Sandsteinmarkt wirken und besonders die Bauherren der Privatbauten begnügten sich mit der Imitation aus Zement und Sand. Die Verwendung bei Staatsbauten aber konnte nicht genügen, um der deutschen Sandsteinindustrie genügend Rückhalt zu bieten. Zu dem kam noch, daß sich bei einzelnen Fachleuten gegen einzelne Brüche ein Vorurteil über die Qualität des Elbsandsteins festsetzte, das ihn eine Zeitlang bei staatlichen Bauten weniger Beachtung finden ließ. Doch dieses Vorurteil war nicht wesentlich und ist, wie versichert wird, bereits wieder geschwunden. Die Veränderung der Architektur ist es in der Hauptsache, die diese einst so blühende Industrie wenn nicht zu vernichten, so doch auf ein sehr beschränktes Maß zu reduzieren droht.

Mancher Bruchbesitzer, der vor Jahren wähnte, in dem Gesteinsfelde ein wertvolles Grundstück und für die Zukunft eine ergiebige Einnahmequelle zu haben, sieht sich heute enttäuscht und nimmt bei der Höhe der Arbeitslöhne und dem Risiko des Absatzes den Bergsegen gar nicht erst in Betrieb. Aber auch auf die Arbeiter hat die Abnahme der Produktion sehr schädigend gewirkt. **Die Löhne, die vor zwanzig und vor zehn Jahren verdient wurden, werden heute auch nicht annähernd mehr erreicht.** Mit verhältnismäßig hohen Löhnen müssen die Steinbrecher und Steinmetzen aber rechnen können, **denn einmal ist hier infolge der Gefährlichkeit des Abbruchs die Unfallgefahr ungeheuer groß und zum andern legt sich der feine Steinstaub auf die inneren Organe, insbesondere auf die Lunge und hat bei sehr vielen Arbeitern bald die schleichende Brustkrankheit zur Folge, an der jährlich ein großer Teil derselben zugrunde geht.**

Der Rückgang der einst so berühmten Elbsandsteinindustrie wirkt also nach allen Seiten ungünstig. Nicht zuletzt auf die Staatsfinanzen, denn Erlaubnisscheine zur Inangriffnahme neuer Brüche wurden im letzten Jahre gar nicht verlangt und solche zum Hohlmachen von Wänden nur 34 gegen 101 im Jahre 1899. An eine Besserung der Verhältnisse ist aber unter den obwaltenden Umständen, wo die Betonarchitektur und die sonstige Blendung und Imitierung der Stoffe immer weitere Fortschritte macht, nicht zu denken, wenigstens nicht vorderhand.

Soweit die „Bauwelt". Es ist interessant, daß besonders unterstrichen wird, daß die Löhne unsrer Kollegen vor 10 Jahren bedeutend höher waren. Diese Konstatierung beweist somit recht drastisch, daß sehr oft, trotz einer niedrigen Entlohnung, der Niedergang einer Industrie nicht aufgehalten werden kann.

der ganzen Nachbargebiete an Eisen decken und jährlich eine Menge davon produzieren, deren Wert auf 100 000 Mark geschätzt wird. Die hier in Tätigkeit befindlichen Oefen sind durchschnittlich 3 Meter hoch und haben fast vollkommen zylindrische Gestalt. Sie werden in folgender Reihenfolge beschickt: Holzkohle, Holzknüppel, Holzkohle, Eisenstein, Holzkohle, Eisenstein, Holzkohle; im ganzen zirka 1½ Kubikmeter Holzkohle und 120 Kilogramm Eisenstein. Der Ofen wird von oben her durch glühende Holzkohle in Brand gesetzt und brennt meistens zwei Tage, wobei der Luftzug durch Oeffnen oder Schließen der am Fuß angebrachten Zuglöcher geregelt wird. Nach dieser Zeit ist ein großer Teil des Eisens in einen halbflüssigen Zustand übergegangen und fällt, mit Schlacken- und Kohlenteilen zusammengebacken, zu Boden, worauf der Ofen ausgeblasen wird. Die so gewonnene Eisenluppe wiegt ungefähr 25 bis 30 Kilogramm im Werte von 6 bis 12 Mark. Die weitere Bearbeitung, das Entschlacken usw., ist dann Sache des Schmieds. Während bei unsern Hochöfen ein stark kohlenstoffhaltiges, verhältnismäßig leicht schmelzbares, aber nicht hämmer- und schweißbares Eisen produziert wird, das erst durch einen besonderen Prozeß in Schmiedeeisen verwandelt werden muß, wird bei der in Afrika üblichen Produktionsweise direkt Schmiedeeisen erzeugt, das nur wenig Kohlenstoff enthält, infolgedessen auch äußerst schwer schmelzbar, dafür aber leicht zu schweißen und zu hämmern ist. Das Eisen wird auch nicht, wie bei uns, in dünnflüssiger Form gewonnen, sondern als schwammartige Eisenluppe, „Eisenkönig", wie sie unsre Technik nennt. Gewiß wird auf diese Art der Schmiedeeisenprozeß umgangen; aber das Verfahren ist doch gegenüber dem modernen ein durchaus unrationelles, weil trotz des großen Aufwandes an Brennmaterial kaum 24 Prozent des Eisens aus dem Eisenstein gewonnen werden. Dies ist auch der Hauptgrund, weshalb die einheimische Eisenindustrie in Afrika in nicht allzu ferner Zeit dem Untergang geweiht sein wird; Europa mit seinen maschinellen Einrichtungen kann den dortigen Bedarf viel billiger liefern; und bald werden auch in Afrika selbst europäische Hochöfenanlagen und Gießereien sich erheben.

Kollegen, meidet den Schnaps!

Der sozialdemokratische Parteitag in Leipzig hat beschlossen, den Arbeitern zu empfehlen, aus politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen

jeden Schnapsgenuß zu meiden.

Schon bisher hat der Beschluß gewirkt. Nach der amtlichen Statistik betrug der Branntweinverbrauch zu Trinkzwecken in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. September

1908—1909 noch: 2 602 121 Hektoliter, dagegen
1909—1910 nur: 1 800 422 Hektoliter.

In einem Jahre ist also bereits ein Rückgang von rund 801 699 Hektoliter, das sind **30,8 Prozent des gesamten Verbrauchs**, eingetreten. Jedes Hektoliter Branntwein trägt 120 Mark Steuer und 30 Mark Liebesgabe an die junkerlichen Schnapsbrenner! Nun rechne sich jeder selbst aus, wie stark das volksfeindliche Junkertum auf die Groschen des Schnapstrinkers wartet. Wer sich nicht freiwillig von den Junkern ausplündern lassen will, der spare diese Groschen und

trinke keinen Schnaps!

Korrespondenzen.

Abainville (Frankreich). Sind die Verhältnisse in der Steinmetzbude schlechte zu nennen, dann sind die allgemeinen Wohn- und Lebensverhältnisse, außerhalb der Bude, ebenso unleidlich. Die Arbeiterkaserne ist ein langes Gebäude, das vor hundert Jahren gebaut worden ist, also nach dem damaligen Gebrauch ausgestattet ist. Im Gebäude sind etwa fünfzig Wohnungen in zwei Stockwerken untergebracht. Jede Wohnung hat nur einen Ausgang, und für die oberen Wohnungen führen von dem Balkon nur vier Treppen in den Hof hinunter. Für Familien, die sich ansiedeln wollen, lohnt es sich, Ofen und Herd mitzunehmen, denn in jedem Zimmer ist nur ein offener Kamin vorhanden, durch welchen der Regen durchgeht. Natürlich ist im Winter die ganze Kaserne durchnäßt. Spülwasser und sonstige Abfälle gehen direkt auf die Erde, und weil sich auch keine anständigen Aborte vorfinden, so kann man sich leicht denken, was es für einen Geruch geben muß. Und weiter sind keine Wohnungen vorhanden, außer man zieht ins Dorf oder in die Stadt, und dann hat man eben weit zu laufen. Nebenbei sei bemerkt, daß kein Wasser im Hause ist, es muß an der Pumpe geholt werden, die weitab steht. Und wie gestaltet sich das Leben der Steinarbeiter? Liebe Freunde, es ist sehr langweilig! Und so billig kommt man auch nicht weg. In den 14 Monaten, wo ich dort war, sind fast alle Lebensmittelpreise gesteigert worden, und das ganz erheblich sogar. Man erzählt immer das Märchen vom billigen französischen Wein. Nun, der Wein, der früher 28 bis 40 Cent. pro Liter gekostet hat, kostet jetzt 40 bis 45 Cent.! Und ähnlich ist es mit Brot und Fleisch. Also, das Sattessen kostet in Frankreich genau so viel wie in Deutschland, wenn nicht mehr. Das geistige Leben ist, wie schon bemerkt, sehr eintönig und langweilig. Gewiß, es gibt Zerstreuungen, aber sie sind meistens von zweifelhaftem Wert. Werktags frägt man abends nach keinem Vergnügen, weil der Körper nur Ruhe nach dem langen Arbeitstag verlangt. Und Sonntags sich auf den Tanzböden herumzutreiben, ist nicht Sache der organisierten Arbeiter. Das eintönige Leben hat natürlich etwas hemmendes für die Lebensgeister in sich; dort seinen Geist weiter auszubilden ist unmöglich; man muß schon Obacht geben, daß man nicht alles verlernt. Im Sommer ist es natürlich besser, weil man dann Ausflüge machen kann, aber der Winter in Abainville ist sehr langweilig.

Kopenhagen. W. Hansen.

Aunkirchen. Am 5. d. M. tagte hier eine gut besuchte Versammlung. Der Vortrag des Gauleiters fand allgemeinen Beifall. Ein Kollege aus der Mitte der Versammlung referierte über die Entwicklung und den jetzigen Stand der Zahlstelle und wies auf die bisher erreichten Erfolge hin. In der regen, aber sachlichen Diskussion wurde das Verhalten einzelner Kollegen scharf gerügt. Ganz besonders aber wurde das herausfordernde, parteiische Benehmen der Betriebsleitung und der Poliere gerügt. Eine Reihe von Arbeitern haben die tariflich festgesetzte Zulage nicht erhalten. Andre sind bei der Einstellung unter Tarif entlohnt worden. Wartezeit auf Material ist an der Tagesordnung. Allerdings werden bei Steinmangel Arbeiter im Tagelohn beschäftigt, wie Herr Direktor Burkhart anordnete, aber nur Unorganisierte. Die Organisierten schickt man zu Hause. Im Stundenlohn beschäftigte Arbeiter, welche naturgemäß Schmiede und Werkzeug von der Firma erhielten, sollen nun selbst dafür aufkommen. Ein glatter Tarifbruch, den wir uns nicht bieten lassen werden und der zu den schärfsten Gegenmaßregeln herausfordert. Mögen die Kollegen allerorts von dem Gebaren Kenntnis nehmen und sich danach richten.

Demitz-Thumitz. In der am Sonntag, den 6. November, abgehaltenen Mitgliederversammlung gab zunächst Kollege Pursche den Kassenbericht vom 3. Quartal. Einer Einnahme von 5538.57 Mark, inklusive 2726.58 Mark Kassenbestand, stand eine Ausgabe von 2408.47 Mark gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 3130.10 Mark verblieb. Es wurde beschlossen, 25 Mark der Bibliothek zu überweisen. Erfreulicherweise hat auch die Mitgliederzahl im letzten Quartal eine ganz bedeutende Steigerung erfahren, sie ist von 390 am Schlusse des 2. Quartals auf 502 gestiegen. Neuaufnahmen waren 135 zu verzeichnen. Auf Antrag der Revisoren, welche Bücher und Kasse in bester Ordnung befunden hatten, wurde Kollege Pursche entlastet. Alsdann gab ebenfalls Kollege Pursche das Ergebnis der letzten Statistik bekannt, worüber schon im „Steinarbeiter" berichtet ist. Er bedauerte, daß trotz der vielen Hinweise die Beteiligung immer noch viel zu wünschen übrig läßt und ersuchte, daß es in diesem Jahre besser werden möchte. Beschlossen wurde, diejenigen Kollegen, welche mit ihren Beiträgen länger als 8 Wochen ohne Stundung im Rückstande sind, in jeder Quartalsversammlung bekannt zu geben und alle, welche im Laufe des Jahres wegen rückständigen Beiträgen gestrichen werden mußten, im Jahresbericht namentlich aufzuführen. Reisende Kollegen, welche hier in Arbeit treten, zuvor aber das Ortsgeschenk geholt haben, sollen dasselbe in Zukunft wieder zurückerstatten. Scharf verurteilt wurde das Verhalten vieler Kollegen, welche wohl wissen, wo der Vertrauensmann, resp. die Organisation ist, wenn sie in Unfallsachen usw. Auskunft benötigen oder Schriftstücke anzufertigen haben, sonst aber den Weg zur Organisation nicht finden. Kollege Pursche wurde beauftragt, derartiges Ansinnen von seiten Nichtorganisierter in Zukunft zurückzuweisen. Hierauf hielt Kollege Pietsch-Cossern einen mustergültigen Vortrag über das Unfallversicherungsgesetz. Als Schiedsgerichtsbeisitzer hat sich Kollege Pietsch in diese Materie sehr gut eingearbeitet und so verstand er es, den anwesenden Kollegen die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes in leicht verständlicher Weise klarzulegen, wofür ihm der Vorsitzende im Namen der Versammlung Dank aussprach. An Stelle des erkrankten Kollegen Mühldorfer wurde Kollege August Pietsch als Kartelldelegierter gewählt. Zum Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß die Firma C. G. Kunath einer Anzahl Arbeiter im Bruch Thumitzer Berg gekündigt hat. Trotzdem dieser Bruch nach Aussage des Betriebsleiters still gelegt werden soll, war die Versammlung der Ansicht, daß es der Firma unbedingt möglich gewesen wäre, diese Arbeiter in den andern Brüchen unterzubringen. So gut wie die Firma verlangt, daß die Arbeiter Ueberstunden machen, wenn kaum zu bewältigende Aufträge vorliegen, was vor nicht allzu langer Zeit der Fall war, hätte sie auch die Pflicht, bei einem etwas flaueren Geschäftsgang Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Wenn die Aufträge jedoch momentan nicht so reichlich vorliegen sollten, so wäre doch wohl eine Verkürzung der Arbeitszeit im allgemeinen für die Arbeiter eher noch zu ertragen, als wie eine vollständige Arbeitslosigkeit, zumal da der Winter jetzt vor der Tür steht, wo die Entlassung die betreffenden Arbeiter um so härter trifft, da um diese Zeit die Arbeitsgelegenheit in der Regel sehr gering ist. In Anbetracht dieser unliebsamen Verhältnisse ersuchen wir die Kollegen, das Granitgebiet Demitz-Thumitz bis auf weiteres zu meiden.

Häslicht (Schlesien). Am 7. November fand bei Berger in Dätzdorf eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Vom Kassierer wurde der Kassenbericht vom 3. Quartal bekannt gegeben, welcher von den Revisoren bestätigt wurde. Zu Punkt 2 hielt Kollege Jahn-Dresden einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Thema: Der Kampf der Unternehmer gegen Arbeiterrechte. Im Verschiedenen wurde die schlechte Durchführung der Bundesratsverordnung in unsern Brüchen zur Sprache gebracht. Die Kollegen wurden noch ermahnt, in der Agitation nicht zu erlahmen, wenn wir auch dieses Vierteljahr einen schönen Erfolg erzielt hätten. Es sind aber noch sehr viele Fernstehende zu gewinnen. Der Vorsitzende gab noch einen kurzen Bericht über unsre Statistik.

Königshain (O.-L.). Am 6. November fand im Gasthof des Herrn Wählt-Hilbersdorf eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Als Referent war Kollege Jahn erschienen. Er gab seiner Freude Ausdruck, eine so gut besuchte Versammlung hier zu sehen. Dann sprach er über: Die Aufgabe der Gewerkschaften. Zu diesen, meinte der Redner, gehören drei Dinge. Erstens: Regelung der Lohnhöhe, zweitens: Regelung der Arbeitszeit, drittens: Das Arbeiterrecht. Der Referent begründete diese drei Dinge folgendermaßen: In der heutigen Welt des Kapitalismus, wo man Kulturgüter nur mit Geld erkaufen kann, ist die Frage nach der Lohnhöhe eine Kulturfrage. Auch die Arbeitszeit muß verkürzt werden. Um alles dieses zu erreichen, ist es notwendig, daß die Rechte der Arbeiter erweitert werden. Großer Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Referenten. In der Diskussion sprach zuerst Gramsdorf-Görlitz. Er ließ die Ausführungen nochmals Revue passieren und führte den Kollegen dann vor Augen, daß es notwendig und auch praktisch sei, die Arbeiterpresse zu lesen. Kollege Kinne sprach sich gegen die Zurückhaltung der Kollegen aus Königshain aus. Ein Kollege führte aus, daß die Frühstücksbuden den Anforderungen nicht entsprächen. Im Schlußwort schilderte der Referent in kurzen markigen Worten die miserablen Verhältnisse der hiesigen Gegend und forderte die uns noch fernstehenden Kollegen auf, dem Verbande beizutreten.

Posen. Unsre Mitgliederversammlung fand am 8. November statt und war gut besucht. Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde bekanntgegeben und hierauf dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Firma Rosenthal hierselbst wurde einem Kollegen zugemutet, für bedeutend weniger Lohn den Winter über zu arbeiten. Die Firma ist deshalb bis auf weiteres gesperrt. Im übrigen werden reisende Kollegen gut tun, Posen zu meiden, oder eventuell im voraus einen Stundenlohn nicht unter 55 Pfg. zu fordern, da die Lohnverhältnisse meist so miserabel sind, daß sie kaum zum Bestreiten der nötigsten Lebensbedürfnisse reichen. Ferner wurde das Verhalten des Poliers Hoppe vom Platz Michalski u. Co. scharf kritisiert. Zusprechenden Kollegen verbietet er den Platz und nimmt auch Kürzungen an Akkordsätzen vor. Es muß dies um so mehr befremden, als es noch gar nicht so lange her ist, wo er den Klippel mit uns geschwungen hat. Leider bezeigen die Kollegen auf diesem Platz nicht das nötige Interesse für die Organisation und glauben, ohne den Verband fertig werden zu können. Es dürfte uns aber in kurzem gelingen, auch die Letzten dort zu gewinnen und können wir dann auf das Zustandekommen eines einheitlichen Lohntarifs für Posen mit Bestimmtheit rechnen. Schließlich beschäftigte sich die Versammlung mit dem angeblich von Dresden zugereisten Kollegen Willy Kind — Interimskarte Nr. 879, welcher keine Reisekarte besitzt und sich weigert, anzumelden und seine Beiträge hier zu zahlen. Kollegen, welche uns Auskunft über denselben geben können, bitten wir, diese an unsern Kassierer Kowalski, Große Berliner Straße 71, II., zu senden.